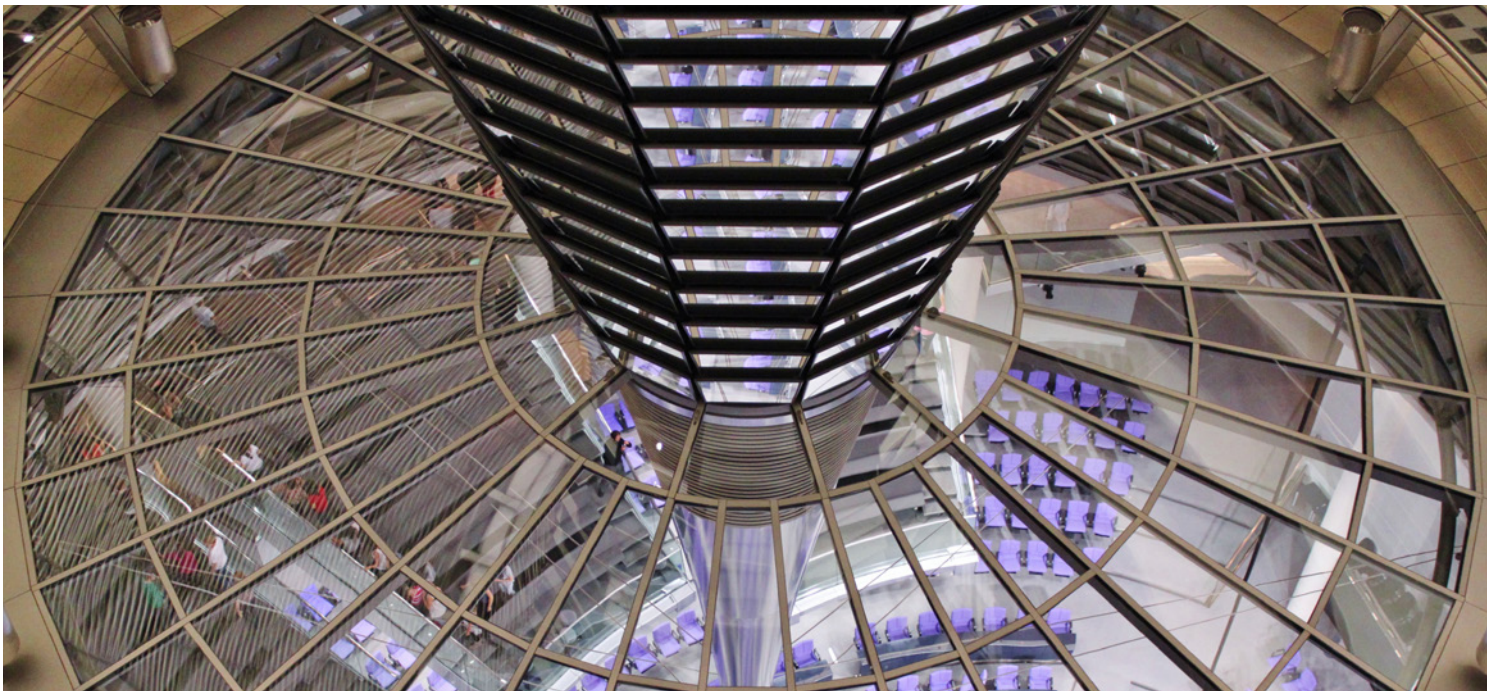
Der Rote Hahn

INFORMATIONSBLATT DER PARTEI DIE LINKE. FRANKFURT (ODER) | SPENDE AB 0,50 €

AUSGABE 02.2021 25. FEBRUAR 2021



Bundestagswahl 2021

Entwurf des Wahlprogramms veröffentlicht – DIE LINKE. diskutiert

Für den 26. September 2021 ist die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag geplant. Damit geht die Ära Merkel nach 16 Jahren zu Ende. Ob damit auch die Ära einer auf neoliberaler Geschäftsgrundlage beruhenden Politik der Regierenden zu Ende geht, ist damit nicht ausgemacht. DIE LINKE kämpft darum.

Der aktuelle Leitantrag des Parteivorstandes an den Ende Februar online tagenden Bundesparteitag ist überschrieben: „Wie wir gerecht aus der Krise kommen: Mit einem sozialen, friedlichen und ökologischen Systemwechsel.“ Die Strategie, mit der DIE LINKE einen solchen Systemwechsel erreichen will, ist im Leitantrag formuliert. Sie hat einen Zeitraum im Blick, der weit über den 26. September hinausreicht. Die Bundestagswahl ist bestenfalls ein erfolgreicher Meilenstein. Und damit dieser erfolgreich wird, will DIE LINKE im Bundestagswahlkampf um gesellschaftliche Mehrheiten werben und Wähler*innen mobilisieren: Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit!

„Zeit zu handeln. Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit!“ ist der Titel des Wahlprogrammentwurfs, den Katja Kipping und Bernd Riexinger am 08. Februar – mit den beiden designierten Nachfolgerinnen abgestimmt – der Presse vorstellten.

Soziale Sicherheit: U.a. durch eine solidarische Alterssicherung für alle Erwerbstätigen und soziale Garantien, die vor Armut schützen und Teilhabe ermöglichen – niemand soll unter 1.200 Euro fallen; Pflegenotstand stoppen; Mieten deckeln; Gute Bildung für jedes Kind;

► **Fortsetzung auf Seite 4**

DIE LINKE. Ffo
Berichte aus Kreisvorstand und Kreisverband
Seiten 5-8

SVV am 12. Februar
Ein Rückblick
Seite 9

Corona-Pandemie
Big Pharma, Solidarität, Grundrechte, Impfchaos
Seiten 11-13

Solidarität mit Kuba
Reaktionen auf einen Beschluss des Parteivorstandes der LINKEN
Seiten 16-18

Termine

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
02. März 2021, 18:00 – 20:00 Uhr

Annelie Böttcher und Frank Hühner berichten über die 1. Tagung des 7. Parteitags am 26./27. Februar 21

Hybrid-Veranstaltung (Bis zu fünf Teilnehmende in der Kreisgeschäftsstelle; Video-/Telefonkonferenz). Zugangsdaten: https://videokonferenz.die-linke.de/b/mic-b5h-dlp-wzd (Bitte als Browser Firefox oder Chrome nutzen). Rufnummer für die Teilnahme per Telefon: 030 809 495 40. PIN 31694 (Aufforderung kommt Englisch). Der Raum wird ab 17:45 Uhr geöffnet. Interessierte an einer Teilnahme in der KGst melden sich bitte bis zum 01. März 2021, 17:00 Uhr (Tel. 0171 4937568).

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
03. März 2021, 18:00 Uhr

Beratung des Kreisvorstandes

Video-/Telefonkonferenz. Zugangsdaten: https://videokonferenz.die-linke.de/b/bbk-dkx-v1g. Rufnummer für die Teilnahme per Telefon: 030 809 495 40. PIN 40998 (Aufforderung kommt Englisch). Der Raum wird ab 17:45 Uhr geöffnet.

Fraktion DIE LINKE. / BI Stadtumbau in der SVV
04. März 2021, 18:00 Uhr

Fraktionssitzung

Bei Redaktionsschluss stand noch nicht fest ob Durchführung als Präsenz- oder oder virtuelle Sitzung. Bitte am Tag vor dem Termin erfragen und 01523 739 56 22 oder unter frank.kreitner@dielinke-ffo.de.

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
04. März 2021, 20:00 Uhr

[Virtueller] DIE LINKE. Stammtisch

Wir laden ein zum offenen Themenabend. Gastgeber:innen: Annelie Böttcher und Christian Lehmann. Zwar nicht das typische Stammtisch-Flair, aber unter Corona-Pandemie-Bedingungen wollen wir dieses Online-Format ausprobieren. Deckt Euch mit Getränken, bringt Gesprächsstoff mit und es kann losgehen.

Zugangsdaten: https://videokonferenz.die-linke.de/b/mic-fj5-v5h-wkd (Bitte als Browser Firefox oder Chrome nutzen). Der Raum wird ab 19:45 Uhr geöffnet.

AG DIE LINKE. stärken
06. März 2021, 15:00 bis 17:00 Uhr

Beratung der AG

Schwerpunkte: DIE LINKE. hilft! Wahl eines neuen Sprechers der AG

Hybrid-Veranstaltung (Bis zu 5 Teilnehmer*innen in der Kreisgeschäftsstelle; Video-/Telefonkonferenz). Zugangsdaten: https://videokonferenz.die-linke.de/b/fra-pgx-crr. Rufnummer für die Teilnahme per Telefon: 030 809 495 40. PIN 19544 (Aufforderung kommt Englisch). Der Raum wird ab 14:45 Uhr geöffnet. Interessent*innen an einer Teilnahme in der KGst melden sich bitte bis zum 05. März 2021, 17:00 Uhr (Tel. 0171 4937568).

Fraktion DIE LINKE. / BI Stadtumbau in der SVV
11. März 2021, 18:00 Uhr

Fraktionssitzung

Bei Redaktionsschluss stand noch nicht fest ob Durchführung als Präsenz- oder oder virtuelle Sitzung. Bitte am Tag vor dem Termin erfragen und 01523 739 56 22 oder unter frank.kreitner@dielinke-ffo.de.

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
12. März 2021, 17:00 – 19:00 Uhr

Diskussion zum Entwurf des Wahlprogrammes zur Bundestagswahl 2021 / Teil 1

Video-/Telefonkonferenz. Zugangsdaten: https://videokonferenz.die-linke.de/b/fra-faa-uza-sj6 (Bitte als Browser Firefox oder Chrome nutzen). Rufnummer für die Teilnahme per Telefon: 030 809 495 40. PIN 78128 (Aufforderung kommt Englisch). Der Raum wird ab 16:45 Uhr geöffnet.

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
16. März 2021, 18:00 – 20:00 Uhr

Diskussion zum Entwurf des Wahlprogrammes zur Bundestagswahl 2021 / Teil 2

Video-/Telefonkonferenz. Zugangsdaten: https://videokonferenz.die-linke.de/b/fra-faa-uza-sj6. Rufnummer für die Teilnahme per Telefon: 030 809 495 40. PIN 78128 (Aufforderung kommt Englisch). Der Raum wird ab 17:45 Uhr geöffnet.

AG DIE LINKE. stärken
17. März 2021, 18:00 bis 19:30 Uhr

DIE LINKE Basis diskutiert

LINKE Wirtschaftsdemokratie vor Ort - Ein Element eines linken Green New Deal ist die Einforderung von Wirtschaftsdemokratie. Mit anderen Worten die stärkere Einbeziehung der Beschäftigten und weiterer gesellschaftlicher Gruppen bei Unternehmensentscheidungen. Wir wollen dabei konkret die Frage diskutieren, wie wir Wirtschaftsdemokratie vor Ort stärken können. Dabei richtet sich unser erster Blick auf kommunale Unternehmen, aber auch Unternehmensformen wie Genossenschaften werden in den Blick genommen.

Video-/Telefonkonferenz. Zugangsdaten: https://videokonferenz.die-linke.de/b/fra-xuk-odz-7px. Rufnummer für die Teilnahme per Telefon: 030 809 495 40. PIN 63154 (Aufforderung kommt Englisch). Der Raum wird ab 18:45 Uhr geöffnet

Fraktion DIE LINKE. / BI Stadtumbau in der SVV
18. März 2021, 18:00 Uhr

Fraktionssitzung

Bei Redaktionsschluss stand noch nicht fest ob Durchführung als Präsenzsitzung oder als Virtuelle Sitzung. Bitte am Tag vor dem Termin erfragen und 01523 739 56 22 oder unter frank.kreitner@dielinke-ffo.de.

AG DIE LINKE. stärken
19. Februar 2020, ab 14:00 Uhr

Infostand „Hartz-IV-Sanktionen abschaffen!“

Stadtmitte, Nähe Kaufland / Heilbronner Str., 15230 Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
24. März 2021, 18:00 Uhr

Beratung des Kreisvorstandes

Video-/Telefonkonferenz. Zugangsdaten: https://videokonferenz.die-linke.de/b/bbk-dkx-v1g. Rufnummer für die Teilnahme per Telefon: 030 809 495 40. PIN 40998 (Aufforderung kommt Englisch). Der Raum wird ab 17:45 Uhr geöffnet.

JAHRESTAGE

Anfang März 1945, KZ Bergen-Belsen, Kreis Celle

† Annelies Marie (Anne) Frank

Anne Frank war ein jüdisches deutsches Mädchen, das 1934 mit seinen Eltern und seiner Schwester Margot in die Niederlande auswanderte, um der Verfolgung durch die Nationalsozialisten zu entgehen, und kurz vor dem Kriegsende dem nationalsozialistischen Holocaust zum Opfer fiel. In den Niederlanden hatte sie ab Juli 1942 mit ihrer Familie in einem versteckten Hinterhaus in Amsterdam gelebt. Dort hielt Anne Frank ihre Erlebnisse und Gedanken in einem Tagebuch fest, das nach dem Krieg als **Tagebuch der Anne Frank** von ihrem Vater Otto Frank veröffentlicht wurde.

Anne Frank wurde Anfang März 1945 im KZ Bergen-Belsen ermordet.

05. März 1871, Zamość, Polen

✳ Rosa Luxemburg

13. März 1925, Halle (Saale)

† Friedrich (Fritz) August Weineck

Fritz Weineck war ein Bürstenbinder und Hornist im Roten Frontkämpferbund, der während einer Wahlveranstaltung der KPD von der Polizei erschossen. Dem Titel eines ihm und seinem Tod gewidmeten Liedes folgend, wurde Weineck dabei auch unter dem Namen "**Der kleine Trompeter**" bekannt.

14. März 1883, London

† Karl Marx

18. März 1929, Landsberg an der Warthe (heute Gorzów Wielkopolski)

✳ Christa Wolf

28. März 1886, Nischni Nowgorod, Russland

✳ Maxim Gorki

28. März 1897, Halle (Saale)

✳ Friedrich (Fritz) August Weineck

31. März 1948, Prag

† Egon Erwin Kisch

10. April 1913, Chemnitz

✳ Stefan Heym

16. April 1886, Hamburg

✳ Ernst Thälmann

23. April 1942, „Euthanasie“-Anstalt, Bernburg

† Olga Benario-Prestes

Olga Benario-Prestes war eine deutsche Kommunistin und ein Opfer des Nationalsozialismus. Sie wurde 1942 zusammen mit anderen Häftlingen des KZ Ravensbrück im Rahmen der „Aktion 14f13“ in der Tötungsanstalt Bernburg in der Gaskammer ermordet.

Hinweis:

Im Jobcenter Frankfurt (Oder) ist von Montag bis Freitag, 7:30 bis 12:30 Uhr die Erstellung von Kopien möglich.

Gedenk-, Aktions- und Feiertage

Vereinte Nationen (UNO) und andere
08. März
Internationaler Tag der Frau / Internationaler Frauentag / Frauen*kampftag Weltfrauentag

Europäisches Parlament
11. März
Europäischer Tag für die Opfer des Terrorismus

18. März
Bundesweiter Aktionstag für die Freiheit der politischen Gefangenen

Vereinte Nationen (UNO)
21. März
Internationaler Tag für die Beseitigung rassistischer Diskriminierung

Historische Ereignisse

26. Februar 1941
Beginn des Einsatzes von KZ-Häftlingen in deutschen Konzernbetrieben.

25. Februar 1988
Die UdSSR beginnt mit dem Abbau und Abtransport ihrer Mittelstreckenraketen aus der DDR und der ČSSR.

27. Februar 1933
Reichstagsbrand in Berlin. Die Brandstiftung wird der KPD untergeschoben.

11. März 2011
Nuklearkatastrophe von Fukushima (Japan) nach Erdbeben und Tsunami

12. März 1938
Annexion Österreichs durch Nazi-Deutschland

15. März 2006
Die Vereinten Nationen beschließt gegen die Stimmen der USA die Gründung eines UN-Menschenrechtsrates

21. März 1933
Die Eröffnung des Reichstages wird als „Tag von Potsdam“ und als Schulterschluss zwischen dem NS-Regime und den traditionellen preußischen Eliten inszeniert.

„Einer der ersten großen Verkünder der sozialistischen Ideale, der Franzose Charles Fourier, hat vor hundert Jahren die denkwürdigen Worte geschrieben: In jeder Gesellschaft ist der Grad der weiblichen Emanzipation (Freiheit) das natürliche Maß der allgemeinen Emanzipation.“

Rosa Luxemburg
05.03.1871 - 15.01.1919

Liebe Mütter, liebe Schwestern,
liebe Nichten, liebe Töchter, liebe Omas,
liebe Tanten, liebe Cousinen,
liebe Kolleginnen, liebe Mitarbeiterinnen,
liebe Genossinnen, liebe Kämpferinnen,
liebe Bürgerinnen, liebe Revolutionärinnen,
liebe Nachbarinnen, liebe Freundinnen
liebe Unterstützerinnen, liebe Gegnerinnen,
liebe Frauen,

die besten Wünsche zum Internationalen Frauentag / Frauen*kampftag / Weltfrauentag 2021

DIE LINKE.

Betrieb der Geschäftsstelle weiterhin eingeschränkt

Aufgrund der derzeitigen Pandemielage befindet sich die Kreisgeschäftsstelle weiterhin im eingeschränkten Geschäftsstellenbetrieb.

Daraus ergeben sich folgende Öffnungszeiten:

Dienstags 14:00 – 16:00 Uhr
Donnerstags 09:00 – 10:00 Uhr
Freitags 10:00 – 13:00 Uhr

Außerhalb dieser Öffnungszeiten ist die Geschäftsstelle jederzeit per E-Mail unter geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de und per Telefon unter 0335 / 400 20 47 erreichbar. Ihr könnte uns aber auch eine Nachricht hinterlassen, indem Ihr diese in den Briefkasten werft.

Frank Kreitner
Kreisgeschäftsführer

Im Gedenken an die Opfer des rassistischen Terroranschlages in Hanau am 20.1.2020

Gökhan Gültekin (37)
Sedat Gürbüz (29)
Said Nesar Hashemi (21)
Mercedes Kierpacz (35)
Hamza Kurtović (22)
Vili Viorel Păun (22)
Fatih Saraçoğlu (34)
Ferhat Unvar (23)
Kaloyan Velkov (33)

#keinvergessen #keinvergeben

Der Täter ermordete im Verlauf des Terroranschlages auch seine Mutter Gabriele Rathjen (72). Es ist umstritten, ob sie als Opfer des rassistischen Anschlages genannt werden sollte.

Zum Geburtstag gratulieren wir sehr herzlich:

Margitta Neuffer am 3.3. zum 77.; Renate Kirschen am 7.3. zum 77.; Werner Schunke am 7.3. zum 85.; Ilse Thiel am 9.3. zum 94.; Gisela Fechner am 12.3. zum 84.; Joachim Herrmann am 12.3. zum 88.; Gerda Dittmar am 19.3. zum 87.; Annelies Koch am 20.3. zum 87.; Helga Siedow am 21.3. zum 86.; Hartmut Hahn am 23.3. zum 73.; Wolfgang Klaus am 23.3. zum 91.

Liebe Genossinnen und Genossen,
gern möchten wir hier auch zukünftig allen Mitgliedern des Kreisverbandes persönlich zum Geburtstag gratulieren, auch denen, die jünger als 67 Jahre sind.
Jedoch können wir dies nicht ohne die Zustimmung der betreffenden Geburtstagskinder tun. Daher bitten wir Euch um eine schnelle schriftliche Rückmeldung bis zum 15.03.2021 in der Geschäftsstelle oder per Mail direkt an uns: **der-rote-hahn@dielinke-ffo.de**

Vielen Dank! Die AG Der Rote Hahn

Bundestagswahl 2021: Entwurf des Wahlprogramms veröffentlicht – DIE LINKE. diskutiert

► **Fortsetzung von Seite 1**

Arbeit, die zum Leben passt und Gerechtigkeit zwischen Ost und West – Lebensleistung der Menschen in Ostdeutschland anerkennen.

Frieden: Durch Abrüstung statt Zwei-Prozent-Ziel der NATO und Rüstungsexporte stoppen! Sowie keine Auslandseinsätze der Bundeswehr und durch eine Entspannungspolitik und Konflikt-Prävention statt Militarisierung der Außenpolitik.

Klimagerechtigkeit: Mit einem linken Green New Deal für eine bessere Zukunft. Heißt u.a., die Wirtschaft ökologisch umbauen, in die Beschäftigten investieren, die Verkehrswende organisieren – flächendeckend, barrierefrei, bezahlbar – und die Energiewende jetzt – CO2-frei und klimaneutral, Energiekonzerne entmachten.

Dies ist nur ein sehr grober Überblick über die 26 Themenkomplexe mit Konzepten und Vorschlägen der LINKEN, wie wir eine gute und gerechte Zukunft für alle erreichen können.

In den kommenden Wochen wird der Entwurf in der Mitgliedschaft diskutiert. Dazu lädt der Parteivorstand zu sechs Ratschlägen im Digitalformat und der Kreisvorstand zu zwei lokalen online-Diskussionsrunden ein (siehe Kasten). Mit "Ratschlag" sind öffentliche Tredden Treffen aller am Thema interessierten Mitglieder, Unterstützer*innen und Sympathisant*innen gemeint. Die Ergebnisse der Debatten fließen in den Entwurf des Wahlprogramms ein, der bis zum 22. April als Leitantrag für den Bundesparteitag veröffentlicht wird.

Annelie Böttcher und Frank Hühner, unsere Delegierten zum Bundesparteitag, planen nach seiner Veröffentlichung eine Diskussion über den Leitantrag mit der Basis sowie Unterstützer*innen und Sympathisant*innen der Partei. Die Mitgliederzeitschrift „Der Rote Hahn“ wird in seiner Märzausgabe über den genauen Termin informieren. Änderungsanträge müssen bis zum 07. Mai 2021 bei der Antragskommission eingehen. Verabschiedet wird das Wahlprogramm zur Bundestagswahl vom Bundesparteitag am 19. und 20. Juni 2021.

Frank Kreitner

Michael Große

Der Entwurf des Bundestagswahlprogramms sowie eine Präsentation zum Download unter:

https://www.die-linke.de/wahlen/wahlprogrammdebatte-2021/wahlprogrammentwurf-2021/

Für Genoss*innen und Interessierte, die nicht digital unterwegs sind:
Unter Rufnummer 01523 / 739 56 22, kann der Wahlprogrammentwurf bestellt und dann in der Kreisgeschäftsstelle abgeholt werden.

Themen und Termine der Diskussionsrunden des Kreisvorstandes

Klima, Mieten, Sozialstaat der Zukunft
12. März 2021, 17 - 19 Uhr

Frieden und Abrüstung; Arbeit, Wirtschaft, Mitbestimmung; Gesundheit und Pflege
16. März 2021, 18 - 20 Uhr

Themen und Termine der Ratschläge des Parteivorstandes

Klima
20. März, 11 - 15 Uhr

Mieten
21. März, 11 - 15 Uhr

Sozialstaat der Zukunft
21. März, 11 - 15 Uhr

Frieden und Abrüstung
27. März, 11 - 15 Uhr

Arbeit, Wirtschaft, Mitbestimmung
28. März, 11 - 15 Uhr

Gesundheit und Pflege
28. März, 11 - 15 Uhr

Mehr Informationen zu den einzelnen Themen auf
https://www.die-linke.de/wahlen/das-linke-wahlprogramm-diskutieren/.

Die Anmeldung ist über das Online-Formular möglich:
https://www.die-linke.de/wahlen/das-linke-wahlprogramm-diskutieren/anmeldung/

DIE LINKE. 7. Parteitag

Am morgigen 26. Februar beginnt der erste digitale Bundesparteitag unserer Partei. Auf diesem sollen unter anderem die Nachfolger*innen von Katja Kipping und Bernd Riexinger gewählt werden.

Für alle Interessierten besteht die Möglichkeit, den Bundesparteitag im Internet zu verfolgen.

Unter folgendem Link gelangt Ihr zur Übertragung:

https://digitalparteitag.die-linke.de/parteitag-live/

Wer den Bundparteitag lieber am Fernseher verfolgen will, kann dies beim Sender Phoenix tun. Laut aktuellem Programm (Stand: 25.02.2021, 15:50 Uhr) beginnt am Freitag die Übertragung ab 13:45 Uhr und am Samstag um 09:00 Uhr. Insgesamt berichtet Phoenix neun Stunden vom Bundesparteitag.

Frank Kreitner

Kreisvorstand in Klausur

Am Samstag, den 06. Februar trafen sich die Genossinnen und Genossen des Kreisvorstandes zur Klausur. Es galt, die bisherige Arbeit kritisch einzuschätzen und die Ziele und Wege bis zur Bundestagswahl abzustecken.

DIE LINKE.

Der Kreisvorstand schätzte ein, dass die Arbeit strukturierter und aktiver geworden ist. DIE LINKE ist präsenter in den digitalen Medien. Der Rote Hahn hat an Akzeptanz gewonnen, Steckaktionen und Infostände lassen uns sichtbarer werde.

Trotzdem sind wir zu oft mit organisatorischen Fragen beschäftigt, was aber auch der pandemischen Lage in Corona-Zeiten geschuldet ist.

Zukünftig sollte angestrebt werden:

- die Parteibasis und hier vor allem die nicht in Basis-Gruppen organisierten jüngeren Mitglieder einzubeziehen. Mit ihnen zusammen ist die Frage zu beantworten, welche Vorstellungen sie haben und wie sie wirksam werden können in der Parteiarbeit. Wichtig bleiben die gemeinsamen Beratungen des Kreisvorstandes mit den BO-Vorsitzenden. Auch soll es gemeinsame Diskussionen zum Wahlprogramm geben, Flyer und Videoclips sind inhaltlich und in der Aufmachung ansprechend zu gestalten.

- Die Zusammenarbeit mit der Fraktion ist zu intensivieren. Dazu wird es eine Klaussur des Kreisvorstandes mit der Fraktion geben. Es wurde angeregt, wieder Sprechstunden der Abgeordneten durchzuführen.

Folgende inhaltliche Schwerpunkte der politischen Arbeit bis zur Bundestagswahl wurden gesetzt:

- In Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft Verdi und dem Betriebsrat des Klinikums wird DIE LINKE die Tarifverhandlungen weiterhin politisch begleiten. Eine Resolution und die Übergabe der Unterschriftenliste durch unseren Kreisvorsitzenden Genossen Stefan Kunath zur Petition erfolgte schon medienwirksam.

- Organisisation eines Unternehmerstammtisches mit Genossen Sebastian Walter im März. Dabei soll es u.a. um die fehlenden Ausgleichszahlungen durch die Bundesregierung gehen. Genossin Annelie Böttcher konnte auf der Klausur dazu aus eigener Erfahrung sprechen.

- Der Kreisvorstand und die Fraktion werden mit dem Oberbürgermeister René Wilke eine Beratung zur Zukunft des Helenesees durchführen. Es gilt, die politischen Akzente der LINKEN zu setzen und nicht der AfD das Feld zu überlassen.

- Es sind mehrere Flyer zu sozialen Themen zu gestalten und zu verteilen, u.a. zur Frage: Wem gehört das Wasser?, weiterhin zum ÖPNV und damit zusammenhängend zur mögliche Schließung des Reisezentrums der DB in unserer Stadt. Weitere Themen sollten sein, wer für die Milliarden-Ausgaben wegen der Corona-Krise zahlen soll (es geht dabei besonders um den Kampf für gerechte Arbeit und Löhne) , ebenso ganz wichtig das Zusammendenken von Ökologie und Sozialem (linker Green Deal)

- Vorstellbar ist eine Veranstaltung im Sommer mit der Genossin Dannenberg im Zusammenwirken mit dem Kreiselternrat, der Schülervertretung und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zur Bildungspolitik.

- In Aussicht gestellt wird eine Konferenz zusammen mit Gewerkschaftern und Betroffenen zu Arbeitnehmerrechten, Arbeitsbedingungen und sozialen Folgen der Ansiedlung von Tesla.

Auf der Tagesordnung der Klausur stand auch die Durchführung des Brückenfestes in diesem Jahr. Die Genossinnen und Genossen des Kreisvorstandes beschlossen, coronabedingt kein Brückenfest im bisherigen Sinne durchzuführen. Mit der Basis sollen Alternativen diskutiert werden. Vorgeschlagen wurden z.B. eine Mai-Demonstration, eine gemeinsame Aktion mit der Kulturmanufaktur oder später ein Frühlings- oder Sommerfest.

Den BOs gehen in den kommenden Wochen Informationen zu, die Ideen zu Inhalt und zur Umsetzung durch die Mitglieder sind gefragt.

Ausführlich wurde diskutiert, wie der Wahlkampf zur Bundestagswahl im September durchgeführt werden soll. Zielgerichtet muss daran gearbeitet werden, wie neue Wähler:innen für DIE LINKE gewonnen werden können, welche Kompetenzen DIE LINKE ins Parlament eingebracht hat und weiter einbringen kann, um damit das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler zu gewinnen und - damit zusammenhängend - wie positive Gefühle wie Optimismus und Vertrauen in die Politik der LINKEN geweckt bzw. verstärkt werden können.

Das Wahlteam mit Genossinnen und Genossen aus Frankfurt und LOS hat die Arbeit aufgenommen und das Finanzbudget wurde beschlossen.

Nach sechs Stunden angestrengten Arbeitens, intensiven konstruktiven auch kontroversen Diskussionen wurde die politische Arbeitsgrundlage für die nächsten Monate erstellt. Von nun an gilt es für den Kreisvorstand und die Basis, nach Kräften mit Ideen, Vorschlägen und Mittun die vor uns liegenden Etappe zu gestalten.

Elke Thiele

Beratung in großer Runde

Am 18.02.2021 lud der Kreisvorstand zur gemeinsamen Beratung per Video bzw. Telefon ein.

Als erstes wertete der Kreisvorsitzende Genosse Stefan Kunath die Klausurtagung des Kreisvorstandes von Anfang Februar aus. (siehe Artikel zur Klausurtagung in dieser Ausgabe)

Des Weiteren nahm er Stellung zu aktuellen Anfragen der Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung. Dabei ging es um die zu spät oder noch nicht ausgezahlten Beihilfen seitens der Bundesregierung für Unternehmen und wie dazu die Lage in der Stadt ist. Weiterhin forderte die Fraktion die Stadtverwaltung auf, das Angebot an kostenlosen Mittagessen für Kinder von Hartz IV-Empfänger:innen bekannter zu machen, damit die Familien und damit diese Kinder diesen Rechtsanspruch wahrnehmen können. Genosse Kunath informierte weiter über das integrierte Stadtentwicklungskonzept und die Baulandstrategie. Er sprach auch zu dem „heißen Eisen“ Pachtvertrag Helenesee. Um in diesem Punkt voranzukommen, wurde in der SVV eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe gebildet, in der von unserer Fraktion Genosse Frank Henke und Genossin Annelie Böttcher mitarbeiten. Inhaltlich geht es darum, den Pachtvertrag neu zu verhandeln, um auf den Investitions- und Sanierungsstau Einfluss nehmen zu können.

Ein weiterer Diskussionspunkt in der gemeinsamen Beratung war das Brückenfest in diesem Jahr. Die Meinung der anwesenden Genossinnen und Genossen tendierte wegen der nicht abzuschätzenden Entwicklung der Pandemie zu einer digitalen Variante und einer 1. Mai-Demonstration. Dieses Angebot soll im Kreisvorstand und auch in den BOs weiter beraten werden.

Zum Wahlkampf für die bevorstehende Bundestagswahl informierte Genosse Kunath, dass das Wahlkampfteam, bestehend aus Genossinnen und Genossen der Kreisverbände LOS und Frankfurt (Oder), sich alle zwei Wochen berät, dass der Entwurf der Wahlkampfstrategie vorliegt (siehe dazu die Ausführungen in diesem Roten Hahn) und dass das Budget beschlossen wurde. Genosse Kunath steht per Video in Kontakt mit den Vertreter:innen vor Ort in LOS.

Im nächsten Tagesordnungspunkt diskutierten die Anwesenden mit unseren beiden Delegierten zum Bundesparteitag Genossin Annelie Böttcher und Genosse Frank Hühner. Zentrale Themen zum Bundesparteitag werden der Leitantrag und die Wahl der Vorsitzenden und des Vorstandes der Partei sein. Ausführlich erläuterte Genosse Frank Hühner seinen Standpunkt zu den Punkten Friedensfrage, etwaige Regierungskoalitionen nach der Bundestagswahl und zur möglichen gesellschaftlichen Entwicklung nach der Pandemie im Entwurf des Leitantrages, zu dem etliche Änderungsanträge eingegangen sind.

Weiterhin wurden in der Beratung am vergangenen Freitag Themen wie das Impfen vor Ort, die Erreichbarkeit der Wählerinnen und Wähler in der Fläche und die verstärkte Einbeziehung unserer Genossinnen und Genossen, die nicht in einer BO organisiert sind, diskutiert. Diese Themen werden in einem Online-Treffen im März erneut aufgegriffen.

Die Beratung zeigte, auch wenn persönliche Treffen in solchen Runden zur Zeit nicht möglich sind, dass vieles mittels Telefon- und Videokonferenzen beraten werden kann und Ideen und Erfahrungen ausgetauscht werden können.

Elke Thiele

IMPRESSUM

Der Rote Hahn
Informationsblatt der
Partei DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

Kontakt:

der-rote-hahn@dielinke-ffo.de

Beiträge, Bilder und Termine bitte ausschließlich an diese Email-Adresse senden!

Herausgeber
Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
Kreisvorsitzender Stefan Kunath
Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)

(0335) 4002047
(0335) 4002031
geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de

https://www.dielinke-ffo.de/der-rote-hahn
https://facebook.com/dielinkeffo
https://instagram.com/dielinke_frankfurtoder
http://gleft.de/45M

AG Der Rote Hahn
Anja Kreisel (Leitung) (anja.kreisel@dielinke-ffo.de)
Michael Große, **Sonnhild Grünberg**,
Christian Lehmann, **Elke Thiele**, **Joachim Wawrzyniak**

regelmäßige Gastautor:innen:
Horst Dahlmann, **Frank Kreitner**,
Stefan Kunath, **Ella Schleese**, **Günther Wullekopf**
Satz und Druck: **Willi Wallroth**

Spendenkonto:
Kontoinhaberin:
DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
IBAN: **DE73 1705 5050 3200 6168 99**
BIC: **WELADED1LOS**
bei der **Sparkasse Oder-Spree**
Kennwort: **Spende DER ROTE HAHN**

Druck: Eigendruck

Auflage: 420

Nächste Ausgabe: 25. März 2021

Einsendeschluss für die nächste Ausgabe:

16. März 2021, 13:00 Uhr

Nach diesem Termin eingesandte Beiträge können nicht mehr berücksichtigt werden!

Beratung der AG Der Rote Hahn: 18. März, 13:00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle, Zehmeplatz 11, Frankfurt (Oder), Teilnahme via Telefonkonferenz möglich. Bitte rechtzeitig unter **der-rote-hahn@dielinke-ffo.de** anmelden!

Nachdrucke einzelner Artikel oder der gesamten Ausgabe bedürfen keiner Genehmigung, um eine Quellenangabe wird jedoch gebeten. Die Rechte an den Bildern liegen, sofern nicht anders gekennzeichnet, bei DIE LINKE. Kreisverband Frankfurt (Oder).

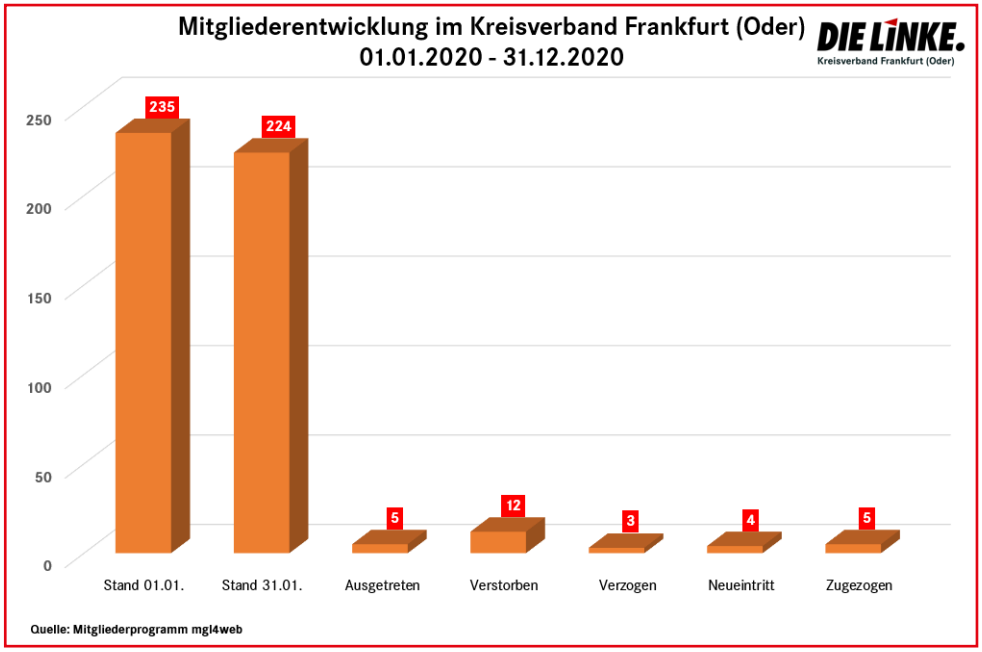
Gedruckt auf Recyclingpapier aus 100% Altpapier. Ausgezeichnet mit dem Blauen Engel und dem EU Ecolabel.

Mitgliederentwicklung in unserem Kreisverband

Wie auch im letzten Jahr berichtet unser Kreisgeschäftsführer Frank Kreitner über die Mitgliederentwicklung in unserem Kreisverband.

Am 1. Januar 2020 hatte unser Kreisverband 235 Mitglieder. Davon waren 113 (48 %) Frauen und 122 Männer (52 %). Im Laufe des Jahres verringerte sich die Anzahl der Mitglieder bis zum 31.12.2020 auf 224. 106 (47 %) waren davon weiblich und 118 (53 %) männlich.

Was sind nun Gründe für den Mitgliederschwund 2020?



Dazu betrachte ich aber nur die rein statistische Zahl und nicht die politischen Gründe.

Fünf Genoss:innen verließen die Partei. Zwei der ehemaligen Genoss:innen sind wegen der politischen Ausrichtung ausgetreten und bei den anderen drei waren es altersbedingte Gründe. In dem Zusammenhang fällt mir auf, dass bei den altersbedingten Gründen häufig Angehörige die Betreuung übernommen haben. Die Angehörigen, und das soll kein Vorwurf sein, bereinigen dann immer zuerst die finanziellen Ausgaben. Leider fällt der Parteibeitrag immer zu den Ausgaben, die abgeschafft werden.

Oft sind es aber auch die Genoss:innen selbst, die ins Altersheim gehen und aus der Partei austreten, weil sie für sich keinen Mehrwert mehr für die Partei sehen. Im vergangenen Jahr habe ich bereits mit der AG Senioren über dieses Problem gesprochen und vereinbart, dass sie, sofern es möglich ist, mit den Genoss:innen sprechen, bevor sie den Entschluss fassen auszutreten. Denn auch wenn die Genoss:innen nicht mehr aktiv am Parteileben teilnehmen können, verspüre ich in vielen Gesprächen, dass sie doch der Partei verbunden bleiben wollen. Gerade vor ein paar Tagen hatte mich ein Angehöriger angeschrieben, dass seine Mutter zwar ins Altersheim geht, aber sie doch weiterhin einen kleinen finanziellen Beitrag leisten möchte. Jetzt bezahlt sie einen kleinen Mitgliedsbeitrag und ist trotzdem noch Mitglied unserer Partei.

Aber zurück zu den Zahlen unserer Mitgliederentwicklung. Ein Fakt, der uns leider auch in den nächsten Jahren unvermindert begleiten wird, ist der Tod vieler unserer Genoss:innen. So waren es allein 2020 leider 12 Genossinnen und Genossen die von uns gegangen sind. Jeder von uns kennt mindestens einen, wenn nicht noch mehr. Der Tod der Genoss:innen ist nicht nur ein Verlust in der Statistik, sondern auch eine schmerzhafte Lücke in unseren Reihen, die nur schwierig zu füllen ist. Viele der von uns gegangenen waren Jahrzehnte in unserer Partei und hatten einen Wissensschatz, der mit dem Tod verloren geht. Um diesen Wissensschatz einigermaßen zu bewahren, habe ich im letzten Jahr die AG Geschichte unseres Kreisverbandes gebildet, die sich zur Aufgabe gemacht hat, dass Wissen zu dokumentieren und für die jüngeren Genoss:innen zu bewahren.

Auf eine Zahl der Abgänge, wo man wenig Einfluss hat, ist die Zahl der verzogenen Genoss:innen. 2020 waren es drei, die zwar Mitglied in unserer Partei bleiben, aber in einen anderen Kreisverband gewechselt sind, weil ihr neuer Wohnort in diesem Bereich liegt.

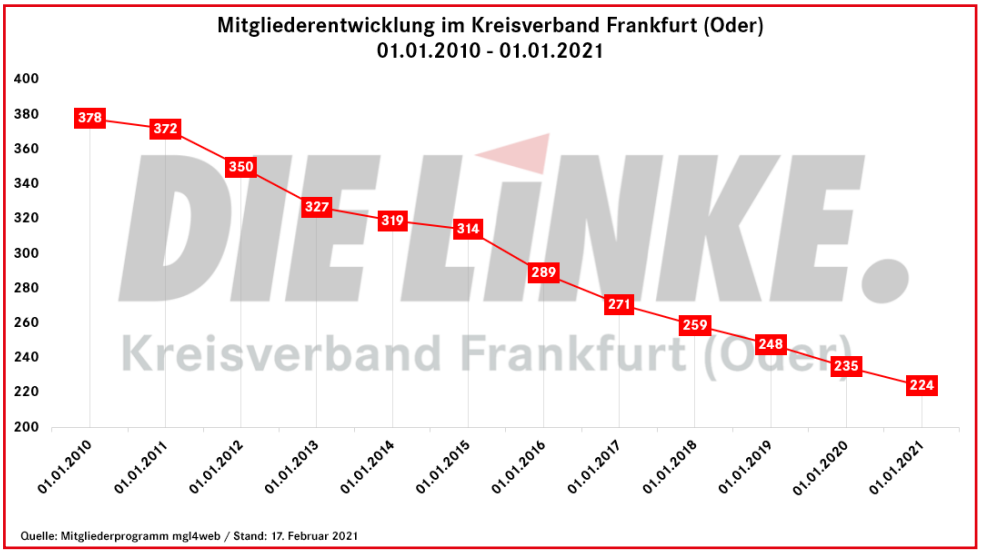
Dem Verlust gegenüber stehen neun Neuzugänge in unserem Kreisverband. Vier Neueintritte konnten wir verzeichnen und fünf Kreisverbandswechsel.

Somit haben wir einen Gesamtverlust von elf Genossinnen und Genossen für das Jahr 2020 zu verzeichnen.

Der Altersdurchschnitt zum Stichtag 17. Februar 2021 ist gesamt 70,62.

Unsere Genossinnen haben einen von 75,58 und unsere Genossen von 66,13.

Der jüngste unserer Genossen ist 16 und unsere ältesten zwei Genossinnen sind stolze 96 Jahre. Eine von den zwei Genossinnen ist übrigens am 09. September 1945, also vor 76 Jahren in unsere Partei bzw. in den Vorgängerparteien eingetreten. Wenn man bedenkt, dass die Vorgängerpartei SED erst am 21. April 1946 durch die Vereinigung von SPD und KPD gegründet wurde, muss sie bereits, sofern das Mitgliederprogramm die Wahrheit sagt, Mitglied in der KPD oder SPD gewesen sein.



Nun noch ein kleiner Blick auf die Entwicklung der letzten 10 Jahre.

Wie auf dem Bild oben zu sehen, geht die Zahl unserer Mitglieder stetig zurück. Waren wir am 01. Januar 2010 noch 378 Genoss:innen, so sind es mit 01. Januar 2021 nur noch 224. Das hat, wie bereits beschrieben, vielerlei Gründe. Den größten Verlust haben wir durch 120 Todesfälle zu verzeichnen. 68 Personen sind in den 10 Jahren aus der Partei ausgetreten und 13 verzogen. Dem gegenüber stehen 31 Neueintritte und 16 Wechsel in unseren Kreisverband.

Sollten noch Fragen oder genauere Zahlen gewünscht sein, dann könnt Ihr Euch an mich wenden. Sofern es nicht den Datenschutz betrifft, bin ich gerne bereit Euch noch tiefer in die Statistik blicken zu lassen.

Frank Kreitner

Eine (unvollständige) Chronik

Die folgende Chronik, die die AG Geschichte unseres Kreisverbandes zusammengetragaen hat, ist noch unvollständig. Alle Genoss:innen und Leser:innen sind gebeten und aufgerufen, der AG Geschichte Ergänzungen, Berichtigungen und Erweiterungen zu den Jahren 1989 und 1990 (aber auch zu den darauf folgenden Jahren) zukommen zu lassen.

1989

07.05. Kommunalwahlen in der DDR

„**12.10.** Beratung des ZK der SED mit den 1. Sekretären der Bezirksleitungen," (aus Frankfurt Christa Zellmer?)

„**18.10.** Rücktritt Erich Honeckers, Egon Krenz wird Generalsekretär"

26.10. Die SED-Bezirksleitung und die Nationale Front laden die Frankfurter Bürger zum „Dialog 89" in das Kulturhaus Völkerfreundschaft ein

04.11. Kundgebung auf Initiative von Kulturschaffenden auf dem Berliner Alexanderplatz, auf der u. a. Gregor Gysi und Lohar Bisky sprechen" (nahmen daran auch Frankfurter teil?)

11.11. Demonstration von mehr als 10.000 Frankfurter Bürger:innen

November Die Bezirksleitung der SED unter der Leitung von Christa Zellmer tritt geschlossen zurück (Datum?)

November Kommissarische Bezirksleitung der SED, 1. Sekretär wurde kommissarisch Bernd Meier, im Dezember tritt Kerstin Osten an seine Stelle

„**01.12.** Die Abgeordneten der Volkskammer, einschließlich der Fraktion der SED beschließen, aus dem Artikel 1 der DDR-Verfassung den Führungsanspruch der SED zu streichen"

03.12. Rücktritt des Politbüros und des Zentralkomitees der SED, Bildung eines Arbeitsausschusses unter Vorsitz von Herbert Kroker und einer Untersuchungskommission unter Leitung von Gregor Gysi zur Überprüfung von Machtmissbrauch und Korruption in der SED. Aus Frankfurt wurde Bernd Meier Mitglied des Arbeitsausschusses.

08./09.12. Außerordentlicher Parteitag „ Intensive Beratung über die Krise in der Gesellschaft der DDR...." Teilnehmer aus Frankfurt: Siegfried Hawlitzky

Dezember *Unter dem Druck der Proteste der Mitglieder treten die Bezirksleitungen der SED Cottbus, Frankfurt(Oder) und Potsdam zurück.*

Aus den Reihen der Delegierten zum Außerordentlichen Parteitag werden unter dem Vorsitz von Wolfgang Thiel (Cottbus), Bernd Meier (Frankfurt/oder) und Heinz Vietze (Potsdam) Arbeitsausschüsse gebildet"

(Die kursiv gedruckten Textteile sind aus:Chronik der PDS im Land Brandenburg 1989 – 1994, Hrsg: Arbeitsgruppe Programm/Geschichte/Politische Bildung beim Landesvorstand Brandenburg der PDS, Dezember 1994)

Dezember Die Kreisleitung der SED tritt zurück, Provisorische Kreisleitung wurde gebildet unter Leitung von Frank Hammer

1990

Januar Gesamtmitgliederversammlung im kleinen Kino in der Bezirksparteischule

Wahl eines Kreisvorstandes, Vorsitz: Frank Hammer,

18.01. Die SED/PDS übergibt die Zeitung der „ Neue Tag" an die neue Redaktion der „Märkischen Oderzeitung"

ab Januar: Beratungen mit den Genossinnen und Genossen in den Betriebsparteiorganisationen zur Auflösung der BPO und zur Bildung von Wohnbezirksparteiorganisationen

18.03. Volkskammerwahl in der DDR,

66 Kandidat:innen der PDS wurden in die Volkskammer gewählt.

Von der Landesliste erhielten Genossin Jutta Braband, Genossin Dr. Dagmar Enkelmann und der Genosse Dietmar Keller die notwendigen Stimmen

02.04. Beschluss und Veröffentlichung des Wahlprogramms der PDS zur Wahl der SVV

06.05. Wahl zur SVV Frankfurt (Oder)

im Mai Konstituierung der SVV, Fraktionsvorsitzende der PDS-Fraktion: Genossin Waltraud Endler

von Mai bis Ende Dezember: Übergabe der Gebäude der Bezirksleitung (an die Gauss Schule?), der Kreisleitung und der Bezirksparteischule (an die Viadrina)

Sonnhild Grünberg

Rückblick auf die Stadverordnetenversammlung

Die Mittagsversorgung im Lockdown von Schulkindern mit Hartz-IV-Bezug, das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (INSEK), die Erarbeitung einer Baulandstrategie sowie die Solidarität mit den Beschäftigten am Klinikum waren die Themen der Stadtverordnetenversammlung am 12. Februar. Ein Rückblick.

Kostenloses Mittagessen für Schulkinder

Vielen ist unbekannt, dass Schulkinder aus Familien, die Hartz IV beziehen, trotz geschlossener Schulkantinen gesetzlichen Anspruch auf ein kostenloses Mittagessen haben. Die Kosten hierfür übernimmt der Bund. Bisher bieten zwei Einrichtungen in Frankfurt (Oder) kostenloses Mittagessen zum Abholen an. Allerdings gibt es keine systematische Erfassung und Versorgung der Kinder, die anspruchsberechtigt sind, so die Verwaltung in ihrer Antwort auf meine Anfrage. Ich hätte mir gewünscht, dass das Amt für Jugend und Soziales proaktiv auf die Einrichtungen und Familien zugeht, um die Bedarfe zu ermitteln. Städte wie Potsdam oder Magdeburg haben Lösungswege gefunden, an denen sich Frankfurt orientieren kann. Positiv ist, dass die Verwaltung die Anfrage zum Anlass nimmt, um alternative Versorgungswege für das Mittagessen zu prüfen.

Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (INSEK)

... genauer gesagt, die Fortschreibung bis 2030, hat die Stadtverordnetenversammlung mit großer Mehrheit beschlossen. DIE LINKE hat in ihren Anträgen wichtige Vorhaben im INSEK befördert. Hierunter zählen zum Beispiel ein Wohnraumbedarfskonzept, eine Baulandstrategie, den Ausbau der deutsch-polnischen Zweisprachigkeit im Kultursektor, den Ausbau des Radverkehrs, öffentliche Kunst im künftig sanierten Rathaus, einen doppelstädtischen Pandemieplan, den Ausbau der Beleuchtung in Park- und Grünanlagen unter Beachtung ökologischer Aspekte, einen autofreien Uni-Campus sowie eine stärkere Beteiligung der Stadtgesellschaft und der Stadtverordneten bei der künftigen Umsetzungsplanung. Wichtig ist, die im INSEK genannten Vorhaben sind zunächst lediglich die Grundlage, um Städtebaufördermittel für die künftige Umsetzungen zu beantragen. Erfahrungsgemäß geht ohne Fördergelder aber nichts. Deshalb ist es gut, dass die Punkte Einzug gefunden haben.

Üblicherweise bieten die Debatten um das INSEK gute Möglichkeiten, um die Stadtgesellschaft an der Entwicklung unserer Stadt zu beteiligen. Das pandemische Geschehen hat diese Teilhabe sehr erschwert. Deshalb schlug jetzt die Stunde der Stadtverordneten, die schließlich ein Bindeglied zwischen Stadtgesellschaft und Verwaltung sind. An dieser Stelle deshalb einen großen Dank an die Vereine, Initiativen und engagierten Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, die mir Rückmeldungen zum INSEK gegeben haben. Auch die Fraktionen der Grünen, der CDU sowie der PARTEI haben mit ihren Anträgen das INSEK weiterqualifiziert. Ein Dank geht auch an die Stadtverwaltung, die die zahlreichen Anmerkungen und Anträge gewissenhaft und genaustens geprüft hat. Vor der Stadtverordnetenversammlung haben wir in einer Sondersitzung des Stadtentwicklungsausschusses 170 Änderungsanträge bearbeitet und entschieden. Mit den Änderungen der LINKEN haben wir eine regelmäßige Berichterstattung und Überprüfung der im INSEK genannten Ziele vereinbart. Das macht das Handeln der Verwaltung nachvollziehbarer, überprüfbarer und transparenter. Das ist wichtige Grundlage, um in Zukunft die Stadtgesellschaft wieder stärker an der Umsetzung der im INSEK genannten Ziele teilhaben zu lassen.

Baulandstrategie

Auf Antrag der LINKEN beschloss die Stadtverordnetenversammlung die Verwaltung zu beauftragen, bis Ende des Jahres eine Baulandstrategie zu erarbeiten. Meine Fraktion erhofft sich, dass die Stadt dadurch eine fundierte Datengrundlage zum Bodenmarkt schafft, die Wohnungsbedarfe in den verschiedenen Segmenten präzisiert, eine sorgfältig abgestimmte Flächennutzungsplanung betreibt und Maßnahmen ergreift, um Bauland und Bauerwartungsland nach Möglichkeit in kommunales Eigentum zu bringen. Ziel ist, dämpfend auf die Bodenpreise zu wirken, um damit alle Teile der Stadtbevölkerung langfristig sozial ausgewogen mit Wohnraum zu versorgen. Dabei spielen auch Aspekte wie die soziale Infrastruktur, die Ökologie und die Klimaneutralität eine große Rolle.

Auch eine mögliche Bebauung der Märchenberge zwischen Süd und Neuberesinchen muss sich in eine gesamtstädtische Baulandstrategie einordnen. Das forderte meine Fraktion DIE LINKE/BI Stadtumbau in einem Änderungsantrag, der auch angenommen wurde.

Solidarität mit den Beschäftigten am Klinikum

Besonders freut mich, dass die Stadtverordnetenversammlung anlässlich der beginnenden Tarifverhandlungen ihre Solidarität mit den Beschäftigten am Klinikum ausdrückte. In einem von mir eingebrachten Antrag fordert die Stadtverordnetenversammlung die Tarifparteien auf, möglichst rasch für die Beschäftigten zu guten Ergebnissen zu kommen. Aus meiner Sicht zählt hierzu eine deutliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der Bezahlung sowie eine Corona-Sonderprämie. Die AfD lehnte den Antrag für die Solidarität mit den Beschäftigten am Klinikum übrigens ab. Ich erspare mir weitere Kommentare...

Stefan Kunath
Mitglied der Fraktion DIE LINKE. / BI Stadtumbau
in der SVV Frankfurt (Oder)

Abschied ist ein leises Wort

Ein zuverlässiger, stets einsatzbereiter Genosse hat sich für immer verabschiedet.
Unser Genosse Rolf Jenichen verstarb am 10. Januar 2021.

Wer hat ihn nicht gekannt?

Ich kenne Rolf aus jahrelanger Zusammenarbeit in der Redaktion „Der Rote Hahn“. So wie ich erinnern sich andere Redaktionsmitglieder ebenfalls an ihn, auch die ehemalige verantwortliche Redakteurin Anni Geisler. Sie wohnt schon seit etlichen Jahren nicht mehr in Frankfurt, sondern in Beeskow, und ist eins der aktivsten Mitglieder des dortigen Kreisverbandes. So verlässliche Mitglieder der Redaktion, wie Rolf es gewesen ist, bleiben im Gedächtnis.

Obwohl Rolf nicht zu denen gehörte, deren Namen ständig als Autor im „Roten Hahn“ auftauchte, aber er schrieb regelmäßig über die Dinge, die ihm am Herzen lagen, wo es Erklärungsbedarf gab. Er hatte ein kaum zu überschätzende Eigenschaft: Rolf konnte zuhören. Seine Argumentation zeichnete sich durch Sachlichkeit aus.

Für sein ausgeprägtes solidarisches Verhalten spricht folgendes Ereignis: Aus Anlass seines 80. Geburtstages bat Rolf Jenichen seine Gäste, statt Blumen und Geschenke eine Spende für die Aktion „Milch für Kubas Kinder“ mitzubringen. Es kamen über 500€ zusammen. Die Familie Jenichen legte noch 210€ dazu.

Nun wird er uns bei unserem Gang durchs Leben, in unserer politischen Arbeit, bei den Gesprächen fehlen.
Rolf war ein eher stiller Genosse, wenn er gebraucht wurde, war er zur Stelle, erledigte die Arbeit ohne viel Aufhebens. So fehlte Rolf nie, wenn es galt, Info-Stände zu besetzen. Er war es auch, der die Materialien vom Büro mit dem Auto zum Stand brachte. In seiner ruhigen unaufgeregten Art war er ein unverzichtbarer Partner bei den Gesprächen mit politisch interessierten Bürger:innen. Nicht zu vergessen sein Einsatz bei unseren Brückenfesten zum 1. Mai.

Ella Schleese

Abschied von Erika Klatt-Marquardt

Sie war stolz darauf, eine „echte Frankfurter Pflanze“ zu sein, eine mit verzweigtem Wurzelgeflecht, beständig in den Zeiten. Erika Klatt-Marquardt ging aufrecht durch ihr Leben.

Lebensbejahend, ideen- und initiativreich packte diese Frau einfach an, stets und bis ins Alter.

Geprägt durch Erfahrungen, die sie als Jugendliche im Krieg sammeln musste, gehörte sie nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus zu jenen, die später ehrend „Aktivisten der ersten Stunde“ genannt wurden. In der demokratischen Frauenbewegung setzte sie sich dafür ein, dass im neuen Deutschland die Gleichberechtigung der Frauen bei der gesellschaftlichen Gestaltung zur Selbstverständlichkeit werden konnte. Viele abseits stehende Frauen begeisterte sie für ein verständnisvolles menschliches Miteinander. Und sie lebte vor, wie Familie und gesellschaftliches Engagement in Übereinstimmung gebracht werden könnten.

Besonders ihre Nachkriegserfahrungen und die ihrer Familie trugen dazu bei, dass sich aus persönlicher Zuneigung zu Menschen aus der Sowjetunion nicht nur Gefühle, sondern überzeugtes Handeln im Sinne der Völkerfreundschaft entwickeln konnten. Die Frage des Dichters Jewgeni Jewtuschenko „[...] meinst du, die Russen wollen Krieg?“ beantwortete Erika ohne Einschränkung aus gelebter Erfahrung mit „Nein!“

In der Deutschen Demokratischen Republik sah Erika ihre Heimat. Sie war dabei, als das Neue geschaffen wurde und schmerzvoll erlebte sie, wie der Versuch scheiterte. Die Delegitimierung und geschichtsfälschenden Verzerrungen der Vergangenheit wies sie energisch zurück.

Reiche Lebenserfahrung bestärkte sie in ihrer antifaschistischen Grundposition.

Ihre kulturell-künstlerischen Interessen boten ihr Möglichkeiten der Entspannung, zugleich setzte sie diese ein, um Freude zu bereiten und andere Menschen an kulturelle Erlebnisse heranzuführen. Erika schrieb Episoden aus ihrem reichen Leben auf, sie legte Zeugnis ab über ihre Zeit, ohne zu belehren, manchmal humorvoll und immer mit dem still gehegten Wunsch, Fehler mögen nicht wiederholt werden.

Am 20. Dezember 2020, kurz nach ihrem 95. Geburtstag, endete der Lebensweg von Erika Klatt-Marquardt. Uns allen wird eine geachtete Weggefährtin fehlen.

Gerhard Hoffmann

Gemeinwohl vor Big Pharma – dann klappt es mit der Impfkampagne

Dass es zu Beginn der Impfkampagne zu Lieferengpässen kommt, war abzusehen. Nicht abzusehen war, dass Deutschland bereits die tief gestapelten Ziele der ersten Stufe der Impfkampagne verfehlt. Unsere Forderung ist deshalb topaktuell: Gemeinwohl vor Big Pharma! Wir müssen an die Marktrechte ran, um unsere Grundrechte wiederzuerlangen.

Patentrechte aufheben

Mit dem neuen Infektionsschutzgesetz kann das Gesundheitsministerium anordnen, dass patentgeschützte Erfindungen im Interesse der Allgemeinheit dienen sollen. Wir können die Produktion von Impfstoffen beschleunigen, indem wir die Patenrechte von Big Pharma zeitlich befristet aussetzen. Das würde uns einen enormen Vorteil bei der Pandemiebekämpfung verschaffen. Je schneller wir Impfstoffe produzieren und die Impfquoten erhöhen, desto eher können wir unsere vertrauten Grundrechte wiedererlangen, desto schneller können Mittelstand, Reise- und Veranstaltungsbranche sowie die vielen Soloselbstständigen ihrer beruflichen Tätigkeit nachgehen, desto schneller können Schülerinnen und Schüler wieder im Regelbetrieb lernen, desto eher können Restaurants, Kinos, Theater und Kneipen öffnen.

Stefan Kunath

LINKER Direktkandidat im Wahlkreis 63 Frankfurt (Oder) – Oder-Spree, Kreisvorsitzender DIE LINKE. Frankfurt (Oder) und Mitglied der Fraktion DIE LINKE/BI Stadtumbau in der SVV Frankfurt (Oder)

stefan.kunath@dielinke-ffo.de

facebook.com/stefan.kunath.linke/

Manch Kritiker mag behaupten, die befristete Aussetzung der Patentrechte sei eine unvernünftige, weil unrealistische Forderung. Ich finde, umgekehrt wird ein Schuh daraus: Unvernünftig ist, nicht alles zu tun, um das gesellschaftliche Zusammenleben wieder zu ermöglichen.

Öffentliche Hand hat Impfstoffentwicklung mitfinanziert

Die öffentliche Hand hat die Pharmaunternehmen mit Steuergeldern unterstützt. Beispielsweise erhielt das Unternehmen Biontech eine Anschubfinanzierung zur Impfstoffentwicklung von 375 Mio. Euro. Hinzu kommt ein Kredit der Europäischen Investitionsbank von 100 Mio. Euro. Diese Unterstützung war richtig. Sie hat die Entwicklung des Impfstoffes massiv beschleunigt. Es ist nur gerecht, wenn im Gegenzug die Pharmaindustrie nun ihrer gesellschaftlichen Verantwortung stärker gerecht wird.

DIE LINKE ist mit ihrer Forderung nicht allein. Die Frage nach den Patenten stellt sich weltweit. Indien und Südafrika haben bei der Welthandelsorganisation (WTO) die befristete Aussetzung der Patente beantragt. 100 weitere Staaten unterstützen das Anliegen. Die Bundesregierung lehnt mit Verweis auf die Marktrechte von Big Pharma ab. Ich halte dieses Zögern für einen Fehler. Wir befinden uns in einem weltweiten gesundheitlichen Notstand. Das Virus und die Mutanten machen vor Grenzen nicht halt. Der Druck der LINKEN zeigt erste Erfolge. Mittlerweile schließt sich Manfred Weber, Vorsitzender der Europäischen Volkspartei im EU-Parlament, der Forderung der LINKEN nach einer Zwangslizenzierung der Impfstoffe an.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat ihr wohl größtes Versprechen ihrer 16-jähriges Amtszeit vor einigen Tagen gegeben. Wenige Tage vor der Bundestagswahl sollen alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes die Möglichkeit erhalten haben, sich impfen zu lassen. Wir werden die Bundesregierung am Erfolg der Impfkampagne messen – im Interesse der vielen Menschen, die sich nach Stabilität und Sicherheit sehnen. Gesundheit ist keine Ware. Gesundheit ist Menschenrecht.

Stefan Kunath

Ein Jahr Corona-Krise

Solidarität ist das Gebot der Stunde

Seit einem Jahr prägt die Corona-Pandemie weitgehend das gesellschaftliche und private Leben. Weltweit konzentrieren sich Wissenschaft und Politik auf die Entwicklung wirksamer Impfstoffe sowie Verfahren und Erzeugnisse zur Prävention, Diagnose und Therapie von Covid-19-Infektionen.

Im Frühjahr 2020 machten die Präsidentin der EU-Kommission Ursula von der Leyen und die Bundeskanzlerin Angela Merkel sich zu Wortführerinnen dafür, dass Impfstoffe und alle Erzeugnisse, die in der Vorbeugung und Eindämmung des Virus Covid-19 dienen, „global öffentliche Güter für alle und jeden zugänglich sein müssen“. Diese Erklärungen sind sprichwörtlich längst Schnee von gestern.

Die deutsche Bundesregierung subventionierte den deutsch-amerikanischen Pharmakonzern Biotech/Pfizer mit 400 Millionen € Steuermittel zur Entwicklung eines Impfstoffes. Seitens der EU wurden die Pharmakonzerne Pfizer, Jahnson und Astra-Zeneca mit Milliarden unterstützt bei gleichzeitiger Bestellung und teilweiser Vorfinanzierung von 2,3 Millionen Impfdosen.

Die durch steigende Infektionszahlen und Sterbefälle bedingte Verschärfung des Lockdown wurde von Politiker:innen und Medien euphorisch mit der Aussicht verbunden, dass eine noch im Dezember beginnende Impfkampagne bald wieder ein normales Leben ermöglichten wird. Bis Mitte Februar waren noch nicht einmal alle Bewohner:innen sowie Beschäftigten der Pflegeheime, geschweige die Risikogruppe der über 80-jährigen, geimpft. Tausende vergebene Impftermine mussten storniert werden, der Lockdown wurde mit geringen Erleichterungen bis zum 7. März verlängert. Das alles beweist, dass unbegründeter Zweckoptimismus in die Welt gesetzt worden ist.

Der kürzlich stattgefundene sogenannte Impfgipfel der Bundeskanzlerin, der Ministerpräsident:innen der Länder, Vertreterinnen und Vertreter der EU und erstmalig der Pharmakonzerne vermittelten lediglich das kleinlaute ernüchternde Eingeständnis, dass die Immunisierung in den nächsten Wochen so schleppend weitergehen wird wie bisher. Die gesellschaftlichen Ursachen und Zusammenhänge des andauernden Streits der Bundesregierung und der EU-Kommission mit den Pharmakonzernen über die Verteilung der Impfstoffe und Einhaltung von Lieferverträgen werden nicht offen gelegt. Es muss Aufsehen erregen, dass Vertreter:innen der Pharmaindustrie für das Lieferdesaster keine Verantwortung sehen. Es seien keine juristisch belastbaren Verträge, sondern lediglich Absichtserklärungen über Mengen und Termine von Impflieferungen. Erklärungen, dass eine Produktionssteigerung nicht „per Knopfdruck“ erfolgen kann, weil es dazu komplexer, aber nicht gegebener Voraussetzungen bedarf, sind schlechthin fadenscheinig.

Wissenschaftler:innen und Ökonom:innen der WHO und der Welthandelsorganisationen (WTO) begründen nachvollziehbar, dass eine globale wirksame Bekämpfung des Virus Covid-19 eine schnelle Steigerung der Produktion aller zugelassener Impfstoffe erfordert. Voraussetzung dafür ist die Freigabe der Patente und die Vergabe von Lizenzen nach internationalem Recht. Die WHO hat dazu Empfehlungen unterbreitet, die sich auf die Forderungen von annähernd 100 Staaten und die von Nichtregierungsorganisationen stützen. Leider sind diese Empfehlungen weder für die Bundesregierung noch für die EU-Kommission ein Gesprächsthema. Nicht nur Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier macht sich zum Sprecher der Großaktionäre der Pharmakonzerne. Er lehnt ganz im Sinne dieser Aktionäre die oben genannten Bestrebungen ab, sie seien „nicht gerechtfertigte Eingriffe in die Eigentumsrechte der Konzerne, die den Unternehmen die Motivation zur Forschung nehmen“.

Der eskalierende Streit um die Herstellung und Verteilung von Impfstoffen offenbart, dass nicht die Gesundheit von Millionen von Menschen das Primat hat. An erster Stelle steht das Monopol an Patenten der finalen Produktion von Impfstoffen zur Erzielung maximaler Profite. Der deutsche Biotech-Konzern plant für 2021 einen Vorsteuergewinn von 4,4 Milliarden €, sein Partner Pfizer von 15 Milliarden US Dollar. Die Börsenkurse von Biotech/Pfizer, Curivase, Moderna und Co. weisen rasante Steigerungskurven auf.

Objektiven Betrachtenden der Handlungen der Bundesregierung und Landesregierungen zur Bewältigung der Corona-Pandemie drängt sich die Frage nach der Verantwortung für deren Richtlinien auf. Laut Artikel 65 des Grundgesetzes obliegt es dem Bundeskanzler, der Bundeskanzlerin die Richtlinie der Politik zu bestimmen. Die seit Frühjahr 2020 erfolgten Eingriffe in das gesellschaftliche Leben treffen sozial und ökonomisch vor allem die Privatsphäre und die regionale Infrastruktur mit Bildung, Kultur und vielfältigen Dienstleistungen. Das Konjunkturpaket und andere finanzielle Transfers kommen jedoch vor allem der Exportwirtschaft zugute. Dazu werden 2020/21 etwa 400 Milliarden neue Staatsschulden aufgenommen.

Die Frage nach einer Beteiligung der Reichen an den Kosten der Pandemie, deren Vermögen auch während der Corona-Pandemie weiter gewachsen ist, beantwortete Angela Merkel in der Kanzlerin-Fragestunde im Dezember mit diesem Satz: „Wir wollen keine Vermögensabgabe.“

So als gäbe es weder die Corona-Pandemie noch den Klimawandel meldete die Bundesregierung der NATO-Zentrale in Brüssel für das laufende Jahr 53,03 Milliarden € Militärausgaben. Das sind 3,2 % mehr als 2020. Im Haushaltsausschuss des Bundestages geht es aktuell um 26 Millionen für Rüstungsprojekte, und zwar für U-Boote, Raketen und Drohnen.

Nach einem Jahr außerordentlicher Belastungen durch die Corona-Pandemie werden, als großzügige soziale Zuwendung in den Medien vermarktet, Menschen mit Grundbedarf 100 € und Kindern ebenfalls

100 € einmalig erhalten. Mehr ist für sie aus den diversen Hilfspaketen nicht übrig geblieben. Zugleich werden jedoch Steuern für Unternehmen gesenkt.

Das politische Handeln der Bundesregierung in dieser Zeit der Corona-Krise legt offen, dass die Richtlinien der Politik statt im Bundeskanzleramt in den Zentralen der Industrieverbände, der Rüstungs-, Pharma- und Autokonzerne geschrieben werden. Im Bundestag macht DIE LINKE mit Anfragen die vornehmlich Profitinteressen dienende Politik der Bundesregierung öffentlich. In ihrem Antrag fordert die Bundesfraktion der Partei DIE LINKE von der Bundesregierung, die gesetzlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Patentinhaber:innen und Hersteller von Impfstoffen zur Vergabe von Lizenzen und zum Transfer von Know-how zu veranlassen

Das Menschenrecht auf Gesundheit muss vor Profiten von Pharma-Konzernen stehen. DIE LINKE steht fest an der Seite von 36 Gewerkschaftsverbänden, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden aus den Bereichen Gesundheit, Wohnen, Kultur und Umwelt. Unter dem Leitgedanken „Solidarität ist ein Gebot der Stunde“ müssen die Altersgrundsicherung und die Regelsätze für Hartz IV angehoben sowie Corona-Hilfen für arme Menschen geleistet werden.

Dass von diesen Forderungen nichts in den führenden Medien zu finden ist, ist Ausdruck der Freiheit der Presse.

Horst Dahlmann

Grundrechte verstehen

Bezüglich der immer wieder auftauchenden Meldungen zu Versammlungen, die darauf rekurrieren, dass eine angemeldete Versammlung „genehmigt“ wurde, erscheint es mal wieder notwendig an die im Grundgesetz festgelegten Grundrechte der Bürger:innen dieses Landes zu erinnern.

Aktueller Anlass für diese Einlassung ist eine Information des Kreisgeschäftsführers, der in einer über den E-Mail-Mitgliederverteiler der LINKEN im Kreisverband Frankfurt (Oder) vom 15.01.2021 versandte Nachricht mitgeteilt hatte „..., dass die Polizei uns heute die Genehmigung für die Durchführung der Veranstaltung zum Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht erteilt hat.“ (Für die Interessierten sei darauf verwiesen, dass in Brandenburg die Aufgabe der Versammlungsbehörde der Polizei übertragen wurde. Dieser Hinweis nur vor dem Hintergrund, dass sich der Wahrnehmung der versammlungsbehördlichen Aufgabe nicht zwangsläufig um eine originäre Polizeiaufgabe handelt. Die Aufgabe könnte ebenso gut von einer anderen Behörde wahrgenommen werden.) Aber zurück zum eigentlichen Kern: die Versammlungsbehörde genehmigt keine Veranstaltungen. Gleichwohl kann die Versammlungsbehörde die Durchführung von Versammlung an Auflagen binden oder gar ganz untersagen. Dafür muss die Versammlungsbehörde allerdings Gründe anführen. Da es sich bei der Versammlungsfreiheit um ein Grundrecht handelt kann die Versammlungsbehörde nicht willkürlich entscheiden und muss ihre Entscheidung zu Einschränkungen oder der kompletten Untersagung einer Versammlung sehr gut begründen. Zur Orientierung sei an dieser Stelle auf die Ausführungen des Grundgesetzes verwiesen, wo es in Art 8 heißt:

(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.

(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Ergo muss ich einer Versammlungsbehörde noch nicht einmal über eine Versammlung informieren, da ich mich ja das Recht habe mich „ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln“. Eine Einschränkung dieses Grundrechts kann nicht einfach vorgenommen werden. Ohne nun an dieser Stelle in die weiteren, oft auch (rechtlich) strittig diskutierten, Tiefen des Versammlungsrechts abzutauchen, erscheint es mir wichtig deutlich darauf hinzuweisen, dass es keiner Genehmigung für eine Versammlung bedarf. Wenn wir (oder welche Gruppe auch immer) uns entscheiden uns zu versammeln, dann können wir diese tun. Mögliche Auflagen einer Versammlungsbehörde sind dabei zu beachten, können allerdings auch den zuständigen Gerichten zur Prüfung vorgelegt werden.

Der logische Fehler in der Aussage „die Polizei [hat] uns ... die Genehmigung für die Durchführung der Veranstaltung ... erteilt“ besteht darin, dass es eigentlich heißen müsste: die Versammlungsbehörde hat die Versammlung nicht untersagt bzw. mit folgenden Auflagen bewährt.

Einigen mag das Dargestellte spitzfindig erscheinen, aber wir sollten Grundrechte schon ernst nehmen, einfordern und unser Recht auf Versammlungen verteidigen und nicht von vermeintlichen „Genehmigungen“ abhängig machen.

Frank Hühner

Anmerkung der Redaktion: Die Eindämmungsverordnung des Landes Brandeburg regelt auch Einschränkungen des Grundrechtes auf Versammlungsfreiheit, bis hin zu einer Untersagung von Versammlungen. https://www.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.473964.de

Jetzt reicht es!

Zur Risikogruppe zählend, bemühen wir uns seit Wochen ergebnislos über die Rufnummer 116117 einen Impftermin gegen Corona zu erhalten. Die Politiker veranstalten einen Gipfel nach dem anderen, doch wo bleiben die Ergebnisse für die Bevölkerung? Nach dem „Impfgipfel“, der auch nichts änderte, teilte die Bundeskanzlerin mit, dass bis zum Spätsommer jeder, der es möchte, einen Impftermin erhalten wird. Das gilt jedoch nur, so Gesundheitsminister Spahn, wenn weitere Impfstoffe zugelassen und die Pharmakonzerne die Lieferverträge einhalten werden.

Dieter Illgen

LINKS gelesen In der Rubrik „LINKS gelesen“ stellen wir Publikationen vor, die uns bewegen und wir gern weiterempfehlen.

„So ist es gewesen“ - Ein bewegtes Leben

Was auf dem Lande in der DDR geschah – das kann man in historischen Dokumentationen, in der Kunst (Literatur, Film, bildende Kunst) nachvollziehen, aber auch am Lebensweg einzelner Menschen.

Werner Krause, SED-Mitglied, dann Sympathisant der PDS und der LINKEN, Verfasser mehrere Artikel in unserem Roten Hahn, ist ein solcher und er hat seine Erinnerungen in einem im Selbstverlag erschienenen Buch unter dem Titel „So ist es gewesen“ niedergeschrieben.

Sein Leben war geprägt vom Aufbau neuer Strukturen in der Landwirtschaft, zu dem er als Genosse der SED mit ganzer Kraft und Einsatzbereitschaft beitrug, was nicht frei war von Problemen, Widerständen und Zweifeln.

1929 geboren in Schlesien war die Familie Krause durch die Weltwirtschaftskrise gezwungen, sich eine neue Existenz in Frankfurt(Oder) aufzubauen. Werners Schulweg: Volksschule, Handelsschule, Notabitur 1944. Die faschistische Ideologie machte um ihn keinen Bogen. Bei seinen Einsätzen im Volkssturm und als Flakhelfer machte er sich wenige Gedanken über Ursachen und Verursacher des Krieges und der Kriegsgräuel, die er sah und miterlebte. Ein erstes Umdenken begann beim Erleben der Elendszüge von KZ-Gefangenen und den zurückkehrenden Kriegsgefangenen, die er in Gronenfelde sah. Die Augen öffnete ihn ein Freund des Vaters, ein SPD-Anhänger, sowie der Kulturleiter im Landmaschinenhof in Neuenhagen. Seitdem war eine seiner Lebensmaxime: „Nie wieder Krieg“.

Werners anfängliche berufliche Laufbahn: Lehre in der Dampfkessel-Inspektion in Frankfurt, dann Lagerarbeiter und Einkäufer auf dem Landmaschinenhof in Neuenhagen, danach technische Hilfskraft in der Prüfstelle für Kfz. Dabei sammelte er wichtige Berufserfahrungen für die folgende Arbeit als Assistent des Landesdirektors der MAS (Maschinen-Ausleih-Station). Hier ging es darum, die wenige Landtechnik zu warten, sie in bescheidenem Maße zu erweitern und ihren Einsatz für die alteingesessenen Bauern, den Neubauern und den VEG zu organisieren.

Werner liebte die Schreibtischarbeit nicht sonderlich, lieber wollte er bei der Technik sein, mit den Kollegen dort arbeiten. Aber diese Zeit brauchte junge, gut ausgebildete Kader für die gesellschaftliche Entwicklung auf dem Lande, die sich über Jahrzehnte von der einzelbäuerlichen Landwirtschaft über die sozialistischen Entwicklung in Form der LPG bis zur Großraumwirtschaft mit der Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion mit all ihren Notwendigkeiten, Erfolgen, Verwerfungen und Problemen vollzog.

Dadurch war Werners Lebensweg geprägt, auch als junger Genosse:

1951 Besuch der Zentralschule des Ministeriums für Landwirtschaft in Ferch, dann Aufbau der MAS in Doberlug-Kirchhain, die „Feuerprobe“, die er als jüngster Direktor eines solchen Betriebes in der DDR bestand.1956 begann er ein dreijähriges Hochschulstudium in Bernburg. Weitere Stationen seines arbeitsreichen Lebens, bei denen er auch im Auftrag der Partei seinen Mann stand:

Direktor der MTS n Brieskow-Finkenheerd, Mitarbeiter bei der Arbeiter- und Bauern-Inspektion (ABI), Mitarbeiter beim Rat für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft und 12 Jahre lang Hauptdirektor der Volkseigenen Güter im Bezirk Frankfurt (Oder).

Die wachsenden Anforderungen kann eine Persönlichkeit, wie er sie war, nur mit solchen Eigenschaften meistern wie z. B. neugierig zu sein auf Neues, aufgeschlossen zu sein, was neue Herausforderungen betraf, mit ganzer Kraft Neues durchsetzen. Manchmal war sein aufbrausender Charakter hinderlich, manchmal war er unduldsam. Manchmal half sein Schalk über Probleme hinweg. In all den Stationen seines beruflichen Lebens sah er es als eine seiner Aufgaben an, beizutragen, das soziale und kulturelle Dorfleben zu entwickeln. Er pflegte den engen, persönlichen Kontakt zu Kollegen und Untergebenen. Diese schätzten neben seiner fachlichen Leitungskompetenz seine Toleranz und sein Verständnis für ihre Sorgen und Probleme. Gemeinsam versuchten sie, das Beste zu tun, trotz oder wegen der Probleme, die z. B. in der teilweise alten Technik, fehlendem Material, starrer werdenden Planwirtschaft, politischer Entscheidungen entgegen der Erfahrungen der Praktiker bestanden. Er zollte den Kollegen, die die Technik immer wieder zum Laufen brachten, hohe Anerkennung. Zu vielen seiner Weggefährten hielt er eine enge Verbindung. So erklärt sich auch sein großer Freundes- und Bekanntenkreis, mit denen er sich auch viele Jahre nach Beendigung seines beruflichen Lebens traf, z. B. mit ehemaligen Kollegen aus Doberlug-Kirchhain und den ehemaligen Direktoren der VEG.

Gerade weil er so intensiv seiner beruflichen Arbeit nachging , war ihm die Familie ein wichtiger Anker. Seine Frau Margarethe lernte er in der Zeit an der Hochschule in Bernburg kennen. Dankbarkeit erfüllte ihn gegenüber „seinem Gretchen“. Sie hatte ihn immer wieder ermutigt, die neuen, schwierigeren Aufgaben anzunehmen. Sie kümmerte sich um die Familie und war selbst gesellschaftlich aktiv. Viele Jahre später fand er Unterlagen zu ihrem Engagement, das er früher so nicht wahrgenommen hatte. So plagte ihn dann das schlechte Gewissen darüber, dass er zu wenig Anteil an ihrem Leben genommen hatte. Werner war sehr stolz auf seinen Sohn, auf seine Enkel und Urenkel. Als Familienmensch, wie er sich bezeichnete, nahm er regen Anteil an ihrem Leben.

Die Wende traf ihn hart, tief enttäuscht trat er aus der SED aus. Er ging in Rente, seine Erfahrungen wurden nicht mehr gebraucht. Endlich hatte er Zeit für Hobbies wie Lesen und Schwimmen und konnte sich öfter mit Freunden und Bekannten treffen. Geschätzt wurde er von vielen Frankfurtern als Trauerredner für sie als Hinterblie-

Autor:in: Werner Krause
Titel: So ist es gewesen
Verlag: Selbstverlag

bene von verstorbenen Angehörigen.

Es ist selten, dass ein Mensch sein mit der Landwirtschaft verbundenes Berufsleben in Form der Lebenserinnerung den folgenden Generationen hinterlässt. Solche Lebenserinnerungen, wie Werner Krauses „So ist es gewesen“ sind authentische Zeitdokumente für viele interessante historische und gesellschaftliche Entwicklungen in der DDR.

Werner Krauses bewegtes Leben hat sich im Januar diesen Jahres vollendet. Er starb im Alter von 91 Jahren.

Elke Thiele

Ein denkwürdiges Datum

Am 22.01.2021 trat der Vertrag über das Verbot von Kernwaffen in Kraft. 51 Staaten haben ihn ratifiziert und 86 Staaten ihn unterzeichnet. Weder die Kernwaffen besitzenden Staaten noch die NATO -Staaten sind bereit, diesem Vertrag beizutreten - die Bundesrepublik zählt zu diesen.

An diesem 22.01.2021, einem Freitag, hatte das „Frankfurter Friedensnetz“ zu einer Kundgebung auf dem Brunnenplatz aufgerufen. Der Zeitpunkt wurde bewusst gewählt, erklärte der Vorsitzende des Friedensnetzes, Reinhard Schülzke, denn in Bücheln demonstrierten zur gleichen Zeit die dortigen Friedensaktivisten. Bücheln ist der deutsche Standort von US-Atomwaffen in Europa.

Die Kundgebungsteilnehmer:innen appellierten an die Vernunft der Politikerinnen und Politiker, dem Wettrüsten Einhalt zu gebieten und sich für das friedliche Zusammenleben der Völker einzusetzen. Der Appell richtet sich aber auch an alle Bürgerinnen und Bürger, die die Stationierung von Atomwaffen und ein mögliches weiteres atomares Wettrüsten schweigend zur Kenntnis nehmen.

Sonnhild Grünberg

Fasten 2021

FOTO: BRAETSCHIT | PIXABAY

Die Fastenzeit steht an und in meiner Timeline häufen sich die Meldungen, wer was wie reduzieren möchte. Auch ich dachte einige Zeit darüber nach, was wir als Familie oder ich allein fasten könnte.

Aber ehrlich gesagt:
Wir fasten seit einem Jahr!

Ich habe keine Lust mehr zu fasten!
Ich will Familie & Freunde treffen,
sie umarmen bis wir keine Luft mehr
bekommen, der Maßlosigkeit in meiner
Lieblingspizzeria frönen, mich wild
und kinderfrei in einem Hotelzimmer
in meiner Lieblingsstadt lieben lassen,
endlich wieder bis in den frühen Morgen
in einem Club oder beim Konzert tanzen,
weit, weit weg fahren und mich wieder
beim Stammtisch in der vollen Kneipe
ergebnislos über Politik streiten.

Auch die Kinder werden nicht fasten.
Was habe ich ihnen in den letzten
Monaten "wegen Corona" abschlagen
müssen! Sie fasten nun auch schon seit
einem Jahr und für sie ist es ungleich
härter. Freunde treffen? Richtig lernen
können? So vieles blieb ihnen versagt
und doch reagierten sie oftmals viel
verständnisvoller als manch erwachsener
Mensch in ihrem Umfeld.

Was sollen wir also noch fasten?
Digital? Nein, ich beraube mich doch nicht
freiwillig eines Kommunikationsmittels!
Dank diverser Plattformen kann ich zwar
immer noch nicht stricken, aber besser
Brot backen, Paneer machen und mich
mit so vielen Menschen austauschen.

Wir bleiben also weiterhin vorsichtig, aber
nicht ängstlich.
Wir halten aus, dass wir noch eine
Weile auf Treffen, Umarmungen, große
kulinarische Gelage mit Familie und
Freunden warten müssen und spazieren
weiter durch einsame Landstriche
und baden in abgelegenen Seen -
Brandenburg macht's möglich.
All das machen wir, weil es hilft und auch,
weil wir wissen, dass es vielen Menschen
viel schlechter geht als uns.
Nur dieses spezielle Fasten... Nee, da bin
ich, da sind wir, für dieses Jahr raus.

Na gut - vielleicht faste ich ja doch.
Ein bisschen.
Schokolade.
Vielleicht.

Allen Fastenden wünsche ich eine
entspannte und erkenntnisreiche
Fastenzeit.

Anja Kreisel

Solidarität

Covid-19 hat uns 2020 stark in die Isolation gezwungen. Sie wird auf absehbare Zeit auch 2021 nicht enden. Der direkte Kontakt ist erschwert, oft auch unmöglich. Aber der Mensch bedarf des (anderen) Menschen, denn er ist ein soziales Wesen.

Als Betroffener von Covid-19 liegen neun Wochen im Isolierzimmer des Krankenhauses hinter mir. Ich habe gelitten unter dem fehlenden Kontakt. Meine einzige Verbindung zur Außenwelt bestand über mein Handy. Immer, wenn mich meine Frau anrief, war ich froh darüber. Sie erzählte mir, wie viele Anteil nahmen an meiner Situation und mir die Daumen drückten. Das waren Freunde, Bekannte und auch Mitglieder meiner Volkssolidarität.

Im vergangenen Jahr wurde sie 75, jedes Jahr gelebt und aktiv gestaltet von ihren Mitgliedern unter dem Motto „Miteinander – Füreinander“. Jede:r einzelne hätte sich ein Zusammentreffen, eine Feier im großen Kreis gewünscht. Die Pandemie ließ und lässt es nicht zu.

Dank des aufopferungsvollen Einsatzes des medizinischen Personal konnte ich nach neun Wochen aus der Isolation entlassen werden. Wie groß war meine Freude, dass ein Minibuch über 75 Jahre Arbeit der Volkssolidarität Frankfurt (Oder) übergeben werden konnte.

Stolz bin ich auf die Mitglieder der Frankfurter Ortsgruppen der Volkssolidarität, die in dieser für alle schwierigen Zeit – so gut es geht – unsere SODI-Hilfsprojekte mit Spenden unterstützen. Kinder, denen es in der Tschernobyl-Zone nicht so gut geht, kommen sie zugute. Dringender denn je werden sie in Zeiten der Pandemie gebraucht. Kinderaugen können wieder leuchten, wenn unsere Spenden sie erreichen, ihr Leben erleichtern und verlängern. Auch darin zeigt sich, wie wichtig zuverlässige Solidarität ist.

Wenn sich am 26. April 2021 dieses Jahres, die Reaktorkatastrophe zum 35. Male jährt, bedarf ein Hilfsprojekt besonderer Beachtung: die Beschaffung einer fahrbaren „Hülle“ für eine mobile Messstelle zum Feststellen der Radioaktivität in menschlichen Körpern und in Lebensmitteln. Viele Mitglieder der Volkssolidarität im Stadtverbund Frankfurt (Oder) haben dafür gespendet. Dafür danke ich aus ganzem Herzen. Weitere Spenden sind jedoch nötig, damit das Unabhängige Institut für Strahlensicherheit, unser Partner in Belarus, auch in politisch ungewissen Zeiten seine verantwortungsvolle Arbeit weiter führen kann.

Hagen Weinberg

Fehlt uns zum Fritz Krause-Bekenntnis der Mut?

Vielleicht wird manche:r Leser:in im ersten Moment denken, das ist Nostalgie, eine längst vergangene Epoche und es gibt Wichtigeres in der gegenwärtigen Zeit. Das ändert aber nichts daran, dass im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2021 ein neuer Impuls zur Würdigung und Bewahrung des Lebens und Wirkens von Fritz Krause durch unsere Partei und die Fraktion geboten ist. Eine Straße mit dem Namen von Fritz Krause gehört für mich dazu.

Erinnern wir uns: mehr als 10.000 (!) Menschen haben ihre Unterschrift dafür gegeben. Sicher interessiert sie, was daraus wird. Ein Blick zurück ist notwendig: Zum Neujahresempfang Der Linken vor nunmehr bereits acht (!) Jahren, durfte ich das Buch „Das bleibt von Fritz“, vorstellen. Es gehört zu meinen Lesegewohnheiten, Bücher nach längerer Zeit erneut zu lesen und dabei manches Neue zu entdecken. In dieser Edition gab es 61 Wortmeldungen von 57 Autoren. Von diesen Zeitzeugen sind leider bereits 16 verstorben. Auch wenn acht Jahre in geschichtlichen Dimensionen betrachtet nur ein Atemzug sind ist festzuhalten: „Das bleibt von Fritz“ ist ein Dokument zur Geschichte unseres Kreisverbandes, der Stadt,- Zeit - und Kulturgeschichte unserer Doppelstadt. Dazu rechne ich auch die Sonderausgabe des „Roter Hahn“ nach dem Tod von Fritz Krause. Sehr zu würdigen ist das politische Engagement von Volker Link, der sich mehrfach öffentlich zu einer Fritz-Krause Straße bekannte und dafür angefeindet wurde. Fritz Krause ging in seinem Handeln Anderen gegenüber immer von dem Grundsatz aus, Vertrauen zu gewinnen, Vertrauen zu schenken, ohne Vorbehalte, Angst oder Vorurteile, ohne Wenn und Aber.

Ich weiß, Fritz Krause mochte Bertolt Brecht sehr und hat sich in seinem Handeln für seine geliebte Heimatstadt vielleicht von einem Wort - Brecht inspirieren lassen: Ich rate, lieber mehr zu können, als man macht, als mehr zu machen, als man kann. Es gibt leider immer weniger Zeitzeugen des gemeinsam mit Fritz Krause Gestalteten. Annelie Böttcher und ich haben mehrere Wahlperioden in der Stadtverordnetenversammlung Fritz Krause als unseren Oberbürgermeister erlebt und die Stadtentwicklung mitgestaltet. Mit Nachdruck sage ich: Es darf uns nie darum gehen, Fritz Krause auf einen Sockel zu stellen und voller Ehrfurcht vor (s)einem Denkmal zu erstarren. Das hätte er niemals gewollt, das weiß ich aus vielen Gesprächen mit ihm. Der Umgang mit Fritz Krause war auch nicht immer einfach. Wenn man ihm (ich) in einer Sache widersprach, musste man schon gute und vor allem Fritz Krause überzeugende Argumente haben. Im Kern geht es darum, aus der fast 25 - jährigen Tätigkeit von Fritz Krause als Oberbürgermeister Lehren für uns heute zu ziehen. Sicher nicht vollständig fällt mir ein: Fritz Krause war immer politisch aufrichtig, liebte seine Stadt wie kein Oberbürgermeister vor und nach ihm, setzte sich für die Menschen ein, war durch seine verständliche und nie abgehobene Sprache und seine sprichwörtliche Bürgernähe geachtet und beliebt. Fritz Krause war seiner Partei stets eng verbunden, Das schloss seine Widerworte zu Beschlüssen ein, mit denen er nicht übereinstimmte. Sicher gibt es viel mehr Eigenschaften von Fritz Krause. Wer aufmerksam durch unsere Stadt geht, sieht die

Zeitzeugen im Stadtbild selbst.

Am 13. April 2021 würde Fritz Krause 96 Jahre. Das ist ein willkommener Anlass, in der Stadtverordnetenversammlung durch unsere Fraktion nunmehr den Antrag für eine Straße mit dem Namen unseres langjährig tätigen Oberbürgermeisters Fritz Krause einzubringen. Während meiner Zeit als Stadtverordneter habe ich nicht energisch genug widersprochen, als vor einigen Jahren unsere Fraktion auf diesen Antrag verzichtete. Ohne es genau zu wissen, nahmen wir an, keine Mehrheiten dafür zu gewinnen. Meine damals fehlende Courage schmerzt mich immer noch. Deshalb drehe ich die Überschrift um und sage: Bekennen wir uns zu Fritz Krause und seiner Ehrung mit einer Straße, die seinen Namen würdig trägt. Die Zeit dafür ist überreif.

Erik Rohrbach

Wieviel Solidarität mit Kuba darf es sein?

Am 23. Januar 2021 beschloss der Parteivorstand, sich auch weiterhin solidarisch zu Kuba zu bekennen. Jedoch lasen viele Mitglieder in dem Beschluss eine Neuausrichtung.

Am 23. Januar 2021 beschloss der Parteivorstand, sich auch weiterhin solidarisch zu Kuba zu bekennen. Jedoch lasen viele Mitglieder in dem Beschluss eine Neuausrichtung.

Das „nd“ fragte, ob es einen guten Tabubruch gab oder eine kritische Solidarität. Die „Junge Welt“ sah in den Ereignissen des Tages einen Verrat.

Aufgrund der hohen Wellen stellte der Parteivorstand später nachdrücklich klar: „Der Parteivorstand weist die Interpretation einer Neuausrichtung der Kuba-Politik der Partei Die Linke, die aufgrund des Beschlusses von 23.1.2021 stattgefunden haben soll, entschieden zurück. Im Beschluss hat es keine Unterstützung der sog. San-Isidro-Bewegung, wie in einigen Medien kolportiert, gegeben. Die Linke unterstützt den mit der Verabschiedung der neuen Verfassung von 2019 ausgelösten breiten gesellschaftlichen Diskussionsprozess zur weiteren demokratischen Entwicklung Kubas im Rahmen seines sozialistischen Gesellschaftssystems. Die Linke war, ist und bleibt solidarisch mit dem sozialistischen Kuba und seiner Revolution.“

Solidarität mit Kuba
Beschluss des Parteivorstandes vom 23. Januar 2021

1. DIE LINKE verurteilt entschieden die erneute Verschärfung US-Sanktionen gegen Kuba und die Listung Kubas als "Terrorstaat" durch die US-Regierung.

2. DIE LINKE verurteilt Versuche, die Regierung Kubas durch Regime Change-Aktivitäten aus dem Ausland zu stürzen.

3. DIE LINKE fordert die Bundesregierung und die EU auf, entschieden dagegen Stellung zu beziehen und Gegenmaßnahmen einzuleiten.

4. DIE LINKE unterstützt die Kampagne und die Petition "Für ein Ende der Blockade gegen Kuba!"

5. Für DIE LINKE gilt, Menschenrechte sind universell, sie gelten für jede und jeden - überall! Wir treten ein für eine Fortsetzung des Dialogs in Kuba mit kritischen Künstlerinnen und Künstlern sowie Aktivistinnen und Aktivisten zur Demokratisierung der kubanischen Gesellschaft.

Auch uns erreichten diesbezüglich Zuschriften, wovon wir einige veröffentlichen wollen.

Stellungnahme zum Beschluss des Parteivorstandes DIE LINKE vom 23. Januar 2021

Müssten wir dem „nd“ vom 2.2.2021 nicht sogar „außerordentlich dankbar“ sein? Wie lange wäre sonst noch der Beschluss des Parteivorstandes mit seiner Einmischung, ausgerechnet in die inneren Angelegenheiten, des souveränen Kubas unbeachtet geblieben? Offensichtlich will sich DIE LINKE auch mit diesem in der Zeitung als positiv bewerteten Tabubruch „regierungsfein“ machen! Zunehmend muss man sich fragen, wohin steuert DIE LINKE? Nicht nur alte und langjährige Genossinnen und Genossen distanzieren sich von diesem Beschluss.

Leider hat diese unsolidarische, ja schon fast kubafeindliche Entwicklung in der Linkspartei nun schon eine gewisse „Tradition“: Wie soll man sonst die Anfeindungen gegen die damaligen Vorsitzenden Gesine Lötzsch und Klaus Ernst verstehen, denen sie nach einem Glückwunschschreiben zum 85. Geburtstag von Fidel Castro im Jahre 2011 ausgesetzt waren?

In der so ziemlich „verschwurbelt“ formulierten und damit nur schwer lesbaren und schwer zu verstehenden Kolumne von Matti Steinitz im „nd“ wird auf die von den USA inspirierten und zu großen Teilen finanzierten Provokationen in Havanna nur sehr einseitig eingegangen. Kubas Reaktion ist eben keine, wie er schreibt, „nationalistische Diffamierungskampagne“! Der kubanische Kulturminister hat Protestierende zu Gesprächen (coronabedingt in den Garten des Kulturministeriums) eingeladen, was von diesen demonstrativ abgelehnt wurde.

Sicher kann und muss man manches kritisch hinterfragen, jedoch:

Sind Gesprächsangebote die neue Form von Repressionen, wie der „nd“-Autor unterstellt?

Ansonsten müssen wir uns immer wieder bewusst machen, dass aus dem Zusammenhang gerissene Halbwahrheiten de facto Lügen sind! Wie sonst soll beispielsweise die Formulierung „... Wiedereinführung des Dollars...“ bewertet werden?

Anders auf den Punkt gebracht: Wer keine Ahnung hat, soll einfach mal die Klappe halten. - Achtung: Oder er ist nicht dumm, sondern sehr gefährlich!

Cuba Sí-Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

Auf fremden Arsch ist gut durchs Feuer reiten

Offener Brief des Bundessprecherrates der Kommunistischen Plattform an die Mitglieder von Cuba Sí

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, mit Erleichterung und Dankbarkeit haben wir Eure Erklärung »Die Solidarität mit Kuba ist unteilbar!« vom 4. Februar 2021 zur Kenntnis genommen.

Nur, wer sich nie mit der Geschichte des lateinamerikanischen Kontinents befasst hat, kann glauben, dass von den USA unterstützte Gruppierungen etwas anderes anstreben als einen so genannten Regime Chance. Demokratisierung ist hierfür eine verharmlosende Bezeichnung. Diese zielt wohl kaum auf Defizite der Entwicklung sozialistischer Demokratie in Kuba.

Wenn vom Imperium ausgehaltene Kräfte Demokratisierung fordern, dann ist das so, als würden Kriminelle von ihren potenziellen Opfern verlangen, ihre Freiheitsrechte gefälligst nicht einzuschränken. Und dort, wo diese Kräfte an der Macht sind, verschwinden die Opfer in den Folterkellern oder ganz. Eine Übertreibung? Wer das denkt, soll sich mit der Geschichte und mancherorts auch der Gegenwart von Guatemala, Chile, Brasilien, Argentinien, der Dominikanischen Republik, Kolumbien und anderen Ländern des US-amerikanischen Hinterhofs befassen.

Für die Länder, die nicht länger bereit sind, Vasallen des Imperiums zu sein und die von diesem bedroht und durch Sanktionen geknebelt werden, ist es nicht leicht. Und nicht alles, was sie tun, tun sie gerne. Wer sich aber hierzulande hinstellt und meint, denen Ratschläge erteilen zu müssen, die in ihrem Blut ersticken würden, siegten die vom Imperium ausgehaltenen Kräfte, denen möchten wir sagen: »Auf fremden Arsch ist gut durchs Feuer reiten«!

Venceremos Eure Genossinnen und Genossen der Kommunistischen Plattform

Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE

Solidarität mit Kuba, gerade jetzt!

Der Parteivorstand der LINKEN hat am 23.01.2021 einen in der Sache zu begrüßenden Beschluss "Solidarität mit Kuba", gefasst.

Richtig ist der Titel, die erfolgte Verurteilung der US-Sanktionen gegen Kuba und die Position, für ein Ende der Blockade gegen Kuba einzutreten. Aus eigener Erfahrung des auf Kuba oft Erlebten trage ich das auch voll mit. Für mich völlig unverständlich ist, dass der Parteivorstand sich mit großem Nachdruck für die Fortsetzung des Dialoges auf Kuba mit kritischen Künstlerinnen und Künstlern sowie Aktivistinnen und Aktivisten zur sogenannten Demokratisierung der kubanischen Gesellschaft einsetzt.

Der Parteivorstand fordert den Dialog mit Kräften, die diesen selbst ablehnen, der Trump Regierung nachweinen, Juan Guaidò in Venezuela unterstützen und zu denen gehören, die zu einer Invasion (!) Kubas in den sozialen Netzwerken aufrufen.

Ich kann dem Parteivorstand nur raten, den Punkt fünf des Beschlusses umgehend aufzuheben oder bieten wir uns mit diesem antikommunistische Züge tragenden Text als Regierungspartei nach den Bundestagswahlen an?

Meine Frage an den Parteivorstand: Wer gibt Euch die Legitimation und das das Recht, die kubanische Gesellschaft als nicht demokratisch zu beurteilen?

Meinen Erfahrungen und meiner politischen Grundhaltung zu Kuba entspricht das nicht.

Erik Rohrbach

FOTO: KAPITOL, HAVANNA, KUBA | 1778011 | PIXABAY

Zu kurz gegriffen

Ein Kommentar zum Beitrag „Information zur Erstattung von Kosten für Telefonkonferenzen“ in Der Rote Hahn 10.2020 / Seite 6

Der Kreisvorstand der LINKEN Frankfurt (Oder) hat beschlossen, Genoss:innen, die per Telefon an Telefon- oder Videokonferenzen teilnehmen und nicht über eine Flatrate verfügen entstandene Kosten zu erstatten. Diese Entscheidung ist grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings wurde im Detail schlecht gearbeitet. Zum einen beschränkt sich die Unterstützung auf virtuelle Veranstaltungen des Kreisverbandes und schließt somit eine Unterstützung bei Veranstaltungen der Landes-, Bundesebene sowie von Arbeitsgemeinschaften aus. Das eigentliche Ziel, die Beteiligung am Parteileben zu ermöglichen wird somit erheblich eingeschränkt. Eine weitere Einschränkung ergibt sich vor dem Hintergrund des zu betreibenden Abrechnungsaufwandes. Ob sich der Aufwand Formulare auszufüllen und Kopien von Einzelverbindungsnachweisen anzufertigen für eine Erstattung von bspw. 5 EUR lohnt ist schon zu hinterfragen. (Den buchhaltungstechnischen Arbeitsaufwand will ich hier mal ganz außen vorlassen.)

Und dann gibt es noch einen humoristischen Moment, wenn darauf hingewiesen wird, dass in der Spalte „Anlass“ angegebenen werden soll „Präsenzteilnahme war nicht möglich“. „Präsenzteilnahme“ bei einer Video- oder Telefonkonferenz schließt sich doch von vornherein aus? (Ausnahme wären hier sicher Hybridveranstaltungen, also Veranstaltungen, die gleichzeitig in realer Begegnung und virtuell stattfinden.)

Wohlgemerkt, um die Beteiligung der Mitglieder an den parteipolitischen Debatten zu ermöglichen ist das Ansinnen des Beschlusses zu begrüßen. Die handwerkliche Umsetzung erscheint mir allerdings sehr mangelhaft, das gewählte Verfahren zu restriktiv und wenig geeignet das gesetzte Ziel zu erreichen. Da ginge wirklich mehr.

Frank Hühner

Noch eine Erwiderung

In der Januar-Ausgabe des „RH“ wurde auf Seite 14 die Passage eines Interviews mit unserem OB René Wilke wiedergegeben und kommentiert. Zur Erinnerung das Zitat:

„Heinz Kannenberg: „2021 ist das Jahr der nächsten Bundestagswahlen. Wie groß ist als Oberbürgermeister der Linken ihre Ernüchterung am Anfang des Jahres, dass eine rot-grün-rote Mehrheit weit entfernt scheint? Was empfehlen Sie ihren linken Wahlkämpfern?“

René Wilke: „Als OB habe ich nicht die Zeit, mir viel über parteipolitische Fragen den Kopf zu zerbrechen. Politisch für richtig halte ich es, mit realistischen Hoffnungen und nicht mit Wut zu arbeiten. In meiner Arbeit geht es mir um eine positive Politik mit Gestaltungsanspruch.

Sahra Wagenknecht hat kürzlich etwas Spannendes sehr zugespitzt formuliert:

Die Linke befasst sich zu wenig mit der Lebensrealität vieler Menschen und zu viel mit Ideologie und Gendersternchen. Auch wenn ich die Abwertung von Geschlechterfragen nicht teile, verstehe ich, was sie meint. In Frankfurt sind wir da anders und können das besser.““

Ich weiß nicht, was Sam Meyer mit den veröffentlichten Äußerungen bezwecken will. Zumindest werden einige Prinzipien der gegenseitigen Achtung verletzt.

Zur Erläuterung und Veranschaulichung meiner Überlegungen und Fragen je ein Zitat von Sahra Wagenknecht aus dem „nd“ und ein Auszug aus einem Leserbrief an die „jW“, mit dem eigentlich alles gesagt sein sollte:

„neues deutschland“ vom 19. 1. 2021:

Die ehemalige Linken-Fraktionschefin Sahra Wagenknecht hat den Kurs ihrer Partei scharf kritisiert. »Wir sind mehr und mehr zu einer Akademikerpartei geworden, wie viele andere linke Parteien in Europa auch«, sagte sie dem Nachrichtenportal »watson«. »Unsere Parteiführung hat eine Themensetzung und Sprache, die sich vor allem an Studierende und akademisch Gebildete in den Großstädten richtet. Linke Parteien sind aber eigentlich dafür da, sich für die Benachteiligten einzusetzen: für die Menschen, die in harten und in der Regel wenig inspirierenden Jobs arbeiten, die um ihr bisschen Wohlstand kämpfen müssen, so sie überhaupt welchen haben.«

Leserbrief von Eberhard W. in „junge Welt“ vom 25. 1. 2021:

...Allerdings fällt mir auf, dass ich die Texte immer schwerer verstehe, welche Die Linke verantwortet. Da ich andere Texte immer noch verstehe, kann es nicht an meinem eventuell schwindenden Verstand liegen. Ich habe besonders Schwierigkeiten, den verquasten, unaufrichtig wirkenden Stil zu verstehen, mit dem man andere erreichen will. Nach Bertolt Brecht muss die Wahrheit durchaus jemandem gesagt werden, der Folgen wegen, welche sich aus der Wahrheit ergeben. Die Wahrheit, welche in Texten mancher Linker gesagt werden soll, bleibt mir verschlossen. Oder aber erweckt ein Misstrauen in Richtung »Opportunismusverdacht« in mir. Das Ganze kommt eben tatsächlich scheinbar akademisch daher, aber ich habe den Verdacht, dass die Autoren sich damit nur vor Sachkritik immunisieren, indem sie hoffen, dass ein Großteil der Leser entnervt aufgibt und glaubt, selbst langsam zu verblöden. Und also schweigt...

Wolfgang Frotscher

Streifzug eines Stadtverordneten

von Erik Rohrbach

Erik Rohrbach

In dieser und den folgenden Ausgaben veröffentlichen wir jeweils einen Teil des neuen Miniaturbuches von Erik Rohrbach "Streifzug eines Stadtverordneten".

Erik Rohrbach war von 2014 bis 2019 Stadtverordneter in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung.

H wie Heimatverbundenheit

In unserer Stadtverordnetenversammlung kenne ich mehrere Stadtverordnete, deren Wiege nicht in Frankfurt (Oder) stand. Frankfurter zu sein, dass hat uns der in der Stadt an der Oder geborene Oberbürgermeister René Wilke voraus. Auch wenn mir nicht zusteht, für die Nicht Original-Frankfurter sprechen zu dürfen, weiß ich aus vielen Gesprächen und ihrem Handeln: Ihr Herz schlägt für unsere Stadt! Von mir kann ich das, das hat mit Selbstwertgefühl zu tun, uneingeschränkt ebenfalls sagen. Mehrmals im Jahr führt mich mein Weg in meine frühere Heimat nach Leipzig. Das aus zwei Gründen: Zur Buchmesse und zum Fußball. Wenn ich auf dem Weg in die Messe-, Buch- und Sportstadt Leipzig bin und auf der B 87 fahre, freue ich mich auf das Kommende. Spätestens ab Torgau steigert sich meine Vorfreude auf mein Leipzig, was nicht egoistisch gemeint ist. Bei meiner Rückfahrt von Leipzig kommt die Vorfreude auf Frankfurt (Oder) ab Lübben. Vorher wurde ich, wie immer, an einem Blitzerstandort, den ich eigentlich hätte kennen müssen, geblitzt. Aber, mein fälliges Bußgeld geht dann schon in die Brandenburger Landeskasse....

Vielleicht liegt das an meiner Vorfreude, bald wieder in Frankfurt (Oder) zu sein. Auch wenn Gefühle zu beschreiben, nicht zu meinen Stärken gehört, je näher ich an Frankfurt (Oder) herankomme, je größer wird meine freudige Erwartung, nach einem ereignisreichen Tag wieder nach Hause zu kommen. So betrachtet, ist Heimatverbunden und Heimatgefühl etwas ganz Besonderes für mich. Das wird auch immer so bleiben. Deshalb unterstütze ich aus Überzeugung und aus vollem Herzen die zum Neujahrsempfang 2019 des Oberbürgermeisters auf den Weg gebrachte Kampagne „Besser Frankfurt (Oder)“, 100 gute Wünsche für Frankfurt.

I wie Interesse

Sicher war ich noch nie lebensfremd und respektiere, Menschen haben ganz unterschiedliche Interessen. Das ist auch gut so. Als Stadtverordneter, das war an anderer Stelle schon zu lesen, liegen meine Interessen besonders auf kulturellem Gebiet. Das hat nichts mit Partei- oder Fraktionsdisziplin zu tun oder weil ich im Kulturausschuss mitarbeite. Wenn es doch einen Zusammenhang gibt dann den, die Arbeit im Kulturausschuss bereicherte und beförderte mein Kulturengagement. Aber, ich habe auch großes Interesse am Sport. Als dem Fußball besonders verbundener Zeitgenosse gilt meine Liebe danach der Leichtathletik. In der Wahlperiode gab es ein sehr schönes Erlebnis für mich. Es war nicht geplant, aber doch unvergesslich.

In den Jahren 1961 bis 1965 arbeitete Karin Balzer an der Kinder- und Jugendsportschule als Sportlehrerin in unserer Stadt. Die Olympiasiegerin im 80 Meter Hürdenlauf von 1964 in Tokio war anlässlich der Einweihung des Olympiahaines im Herzen unserer Stadt, wieder in Frankfurt (Oder). Sie besuchte auch den Olympiastützpunkt und hatte sehr herzliche Gespräche mit jungen Sportlerinnen und Sportlern. Ich konnte das miterleben. Nach dem Gespräch im Olympiastützpunkt äußerte Karin Balzer, die ich aus ihrer Frankfurter Zeit kannte, einen Wunsch. Da sie lange nicht mehr in Frankfurt (Oder) war, - es war ein strahlend schöner Sommertag mit azurblauem Postkartenhimmel und sie noch Zeit vor ihrer Rückfahrt nach Leipzig hatte, - eine improvisierte Stadtrundfahrt durch Frankfurt (Oder) zu unternehmen.

Karin Balzer war sehr beeindruckt und erfreut, wie sich Frankfurt (Oder) entwickelt hat. Sie erkannte viel Neues aber auch viel sehr Vertrautes. Das Interesse an unserer Stadtentwicklung von Karin Balzer, das hatte ich so nicht erwartet. Und ich konnte mit manchen für sie völlig neuen Fakten „glänzen“, die ich als Stadtverordneter kannte. Minutenlang standen Karin Balzer und ich nach der Stadtrundfahrt auf dem Parkplatz an der Stadt- & Regionalbibliothek.

Vor unserer Verabschiedung mit einem kräftigen „Sport frei!“ gab mir die Olympiasiegerin mit auf den Weg:

Setze dich dafür ein, dass der Olympiastützpunkt erhalten bleibt. Dass die Stadt, in der ich gern lebte und meinen Sport ausüben durfte, eine Sportstadt bleibt. Ihr das zu versprechen, fiel mir leicht. Das liegt selbstverständlich auch, siehe Überschrift, in meinem Interesse. Aber ganz sicher ist das auch einer der 100 Gründe für Frankfurt (Oder), meine Heimatstadt.

Danach hat Karin Balzer mehrfach ihr Interesse bekundet, wie die sportliche Entwicklung, besonders im Olympiastützpunkt, weiter voran geht. Aus eigener Kenntnis weiß ich, auch wenn die Olympiasiegerin nicht mehr in unserer Stadt lebt, ihr Herz schlägt für Frankfurt (Oder).

Anmerkung der Redaktion

Karin Balzer ist am 17. Dezember 2019 nach kurzer Krankheit im Alter von 81 Jahren verstorben.